

Trumps Zollfuror zeigt wenig Wirkung

Ein hartnäckig hohes Handelsbilanzdefizit, fehlende Industriejobs – die Bilanz fällt nach einem Jahr ernüchternd aus

MATTHIAS BENZ, FLORIAN SELIGER

Am «Liberation Day» wurde der Weltöffentlichkeit schlagartig klar: Donald Trump meint es ernst mit seiner Zollpolitik. Die Vereinigten Staaten seien während Jahrzehnten «geplündert und ausgeraubt» worden, sagte der US-Präsident. Doch damit sei jetzt Schluss. Menschen aus der ganzen Welt starteten fassungslos auf die Zolltafel, die Trump am 2. April 2025 im Rosengarten des Weissen Hauses in die Höhe hielt.

So auch Regierungsvertreter aus der Schweiz: «Switzerland – 31%», stand da. Seither hält die Frage der Strafzölle die Eidgenossenschaft in Atem. Doch was hat Trump mit seinem Zollfuror erreicht? Knapp ein Jahr später zeigt sich: erstaunlich wenig. Der US-Präsident hat seine Ziele grösstenteils verfehlt.

Das Handelsbilanzdefizit bleibt gross
Trump ist seit Jahrzehnten auf das Handelsbilanzdefizit der USA fixiert. Die Vereinigten Staaten importieren viel mehr Güter, als sie im Ausland verkaufen. Für Trump zeigt das, dass sich der Rest der Welt an den USA bereichere. Ein wichtiges Ziel von Trumps Zollpolitik ist es, das Handelsbilanzdefizit der USA im Güterhandel zu verringern oder zu beseitigen. Die Zölle sollen den Import von Gütern bremsen und gleichzeitig Firmen dazu zwingen, mehr in Amerika zu produzieren.

Doch das Kalkül des US-Präsidenten ist bis jetzt nicht aufgegangen. Im Jahr 2025 verzeichneten die USA in absoluten Zahlen gegenüber dem Rest der Welt ein so grosses Defizit im Warenhandel wie noch nie: Es betrug laut Daten der amerikanischen Statistikbehörde BEA 1241 Milliarden Dollar. Umgekehrt erzielten die USA im Handel mit Dienstleistungen erneut einen Überschuss. Doch Trump ignoriert den Dienstleistungshandel konsequent, für ihn zählt nur der Warenaustausch.

Weil absolute Zahlen täuschen können, wird das Handelsbilanzdefizit häufig in Beziehung zur Wirtschaftsleistung (BIP) gesetzt. Hier zeigt sich: Das amerikanische Defizit im Warenhandel hat sich 2025 kaum verändert. Es sank minimal von 4,2 Prozent auf 3,9 Prozent des BIP. Trumps Zollpolitik hat also am grossen Bild bis jetzt nichts geändert. Allerdings lässt sich nicht ausschliessen, dass sich grössere Veränderungen erst ab 2026 zeigen werden – falls Trumps Handelsabkommen Wirkung zeigen und ausländische Firmen im grossen Stil ihre Produktion in die USA verlagern.

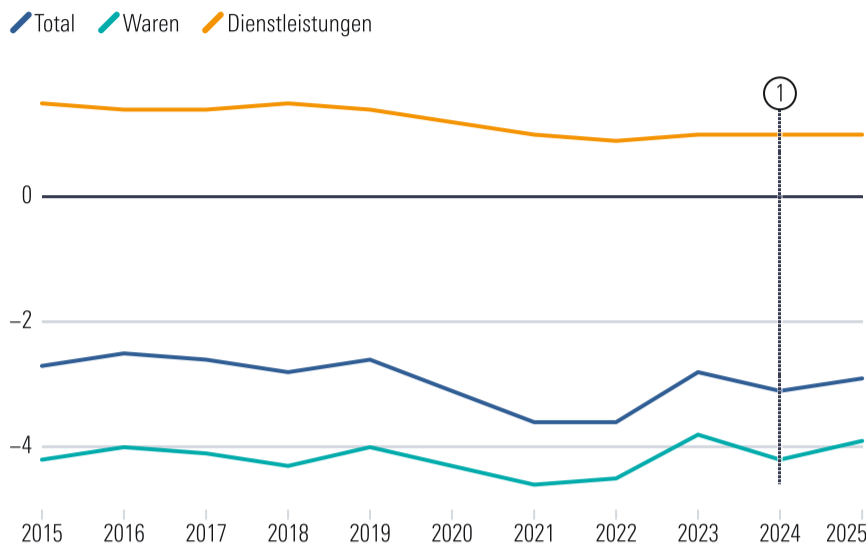
Die Schweiz ist im vergangenen Jahr wiederholt in Trumps Schusslinie geraten. Der US-Präsident kritisierte etwa am WEF in Davos den Handelsbilanzüberschuss und behauptete, das Land sei nur dank Amerika reich geworden. Für die Schweiz gibt es keine Entwarnung. Der helvetische Überschuss gegenüber den USA im Warenhandel belief sich im Jahr 2025 auf 34,3 Milliarden Dollar, wie Daten der US International Trade Commission zeigen. Das war nur leicht weniger als die 38,3 Milliarden Dollar des Vorjahres. Die Forderung Trumps an die Schweiz, das Defizit bis 2028 zu beseitigen, ist noch längst nicht erfüllt.

Die weltweiten Handelsströme haben sich verlagert

Dass das amerikanische Handelsbilanzdefizit im Jahr 2025 kaum zurückgegangen ist, hat drei Hauptgründe. Erstens haben viele Unternehmen aus der ganzen Welt noch vor dem «Liberation Day» grosse Mengen an Gütern in die USA geschickt. Sie rochen den Braten und wollten Trumps Zölle zuvorkommen. Diese Vorzieheffekte nahmen ein enormes Ausmass an: In den Monaten von Januar bis März 2025 lagen die Güterimporte der USA rund 50 Prozent höher als üblich. Zwar gingen die Einfuhren ab April dann zum Teil deutlich zurück. Dennoch resultierte im Gesamtjahr 2025 ein rekordhohes Handelsbilanzdefizit.

Kaum verändertes Defizit der USA im Aussenhandel

Handelsbilanz in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



① Beginn von Trumps zweiter Amtszeit.

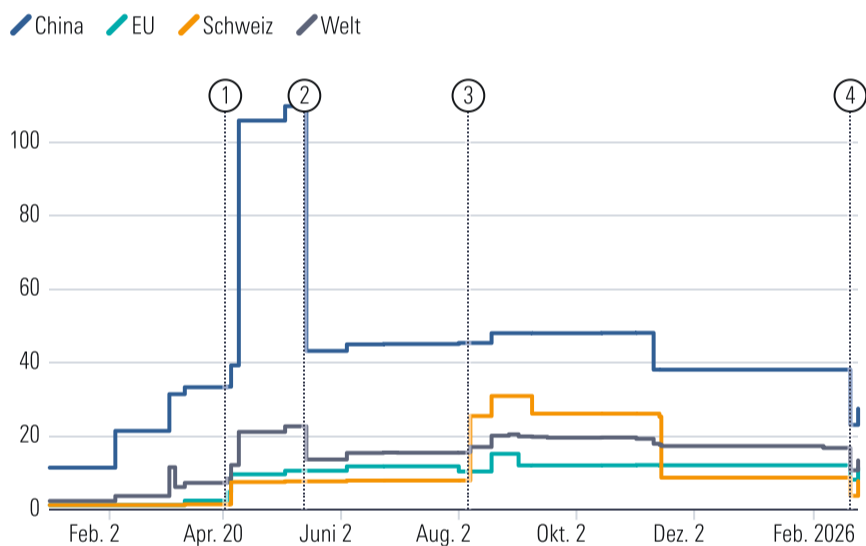
Lesebeispiel: Die negative Handelsbilanz bei Waren bedeutet, dass die USA mehr Waren importieren als exportieren.

QUELLEN: BEA, FRED ST. LOUIS

NZZ / mbe.

Der handelsgewichtete Zollsatz für die Schweiz liegt relativ niedrig

Durchschnittlicher Zollsatz, den die USA von Importeuren verlangen, in Prozent



- ① 2. April 2025: Trump verkündet länderspezifische Zölle auf Importe aus der ganzen Welt. Die meisten Zölle werden ab dem 10. April für 90 Tage ausgesetzt. Für China bleiben die hohen Zölle hingegen in Kraft.
- ② 14. Mai 2025: Die USA und China einigen sich auf ein Handelsabkommen, das die Zölle von 145 auf 30 Prozent senkt.
- ③ Anfang August 2025: Die USA verhängen zusätzliche Zölle gegen verschiedene Länder, darunter die Schweiz.
- ④ 20. Februar 2026: Der Supreme Court erklärt die Zusatzzölle für rechtswidrig. Trump verhängt einen Zusatzzoll von 10 Prozent auf Basis einer anderen rechtlichen Grundlage.

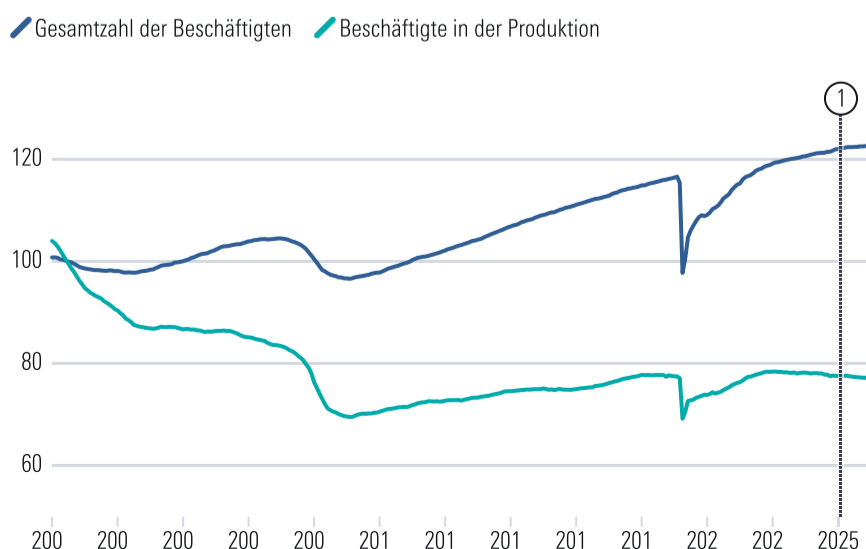
Der durchschnittliche Zollsatz ist handelsgewichtet.

QUELLE: WTO TARIFF & TRADE DATA

NZZ / fsf.

Unter Trump sinkt die Zahl der Arbeitsplätze in der Produktion weiter

Entwicklung der Zahl der Beschäftigten in der Privatwirtschaft, indexiert (2001=100)



① Trumps zweite Amtszeit beginnt.

QUELLEN: US BUREAU OF LABOR STATISTICS, EIGENE BERECHNUNGEN

NZZ / fsf.

Zweitens verlagerten sich die Handelsströme geografisch. So kamen im Jahr 2025 tatsächlich viel weniger Güter aus China in die USA: Die Importe gingen um 30 Prozent zurück, weil Trump den Chinesen den mit Abstand höchsten Zollsatz auferlegte. Doch gleichzeitig nahmen die Importe aus asiatischen Ländern wie Vietnam oder Thailand stark zu. Das deutet auf Umgehungsgeschäften hin: Chinesische Firmen lieferten ihre Waren nicht mehr direkt in die USA, sondern nahmen den Umweg über Vietnam oder Thailand. Diese Länder waren von Trump mit niedrigeren Zollsätzen belegt worden.

Die effektiven Zollsätze sind nur moderat gestiegen

Drittens gibt es einen grossen Unterschied zwischen den Zollsätzen, die Trump jeweils in der Öffentlichkeit verkündete, und den Zöllen, die dann tatsächlich zur Anwendung kamen. Die effektiven Zollsätze lagen meist viel tiefer. Entsprechend belasteten sie den Handel nur begrenzt.

Ein Beispiel für dieses Muster lieferte der US-Präsident nach dem «Liberation Day». Die hohen Zollsätze auf seiner berühmten Tafel hatten die Weltöffentlichkeit schockiert. An den Finanzmärkten drohte ein Crash. Trump krebste nach einer Woche zurück und erklärte, es werde vorerst für alle Länder nur ein Basiszollsatz von 10 Prozent gelten.

Auch im Handelskrieg mit China musste Trump schnell seine Grenzen erkennen. Zunächst verhängte er Zölle von mehr als 100 Prozent. Doch die chinesische Führung schlug zurück und schränkte die Versorgung mit seltenen Erden ein, die auch für die amerikanische Wirtschaft essenziell sind. Im Mai einigten sich die USA und China auf ein Handelsabkommen, das die amerikanischen Zusatzzölle von 145 auf 30 Prozent senkte.

An den Finanzmärkten machte das Bonmot «Taco» die Runde: «Trump always chickens out» («Trump kneift immer»). Eine Ausnahme von dieser Regel war allerdings die Schweiz. An ihr statuierte Trump Anfang August ein Exempel und verhängte einen hohen Strafzoll von 39 Prozent. Als kleines und wenig einflussreiches Land war die Schweiz wohl ein gutes Opfer. Doch auch hier gilt: Weil Pharmaprodukte ausgenommen sind, ist rund die Hälfte des Schweizer Exportvolumens nicht von den Strafzöllen betroffen. Der sogenannte handelsgewichtete Zollsatz lag deshalb stets deutlich unter 39 Prozent.

Einzelne Schweizer Branchen hat es hart getroffen

Dennoch haben wichtige Schweizer Exportbranchen unter Trumps Zöllen gelitten. Vor allem die Uhrenindustrie oder die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie lieferten ab dem August deutlich weniger Waren in die USA als üblich. Bei den Maschinenbauern brachen die Exporte zeitweise um fast 50 Prozent ein.

Die Schweizer Verhandlungsdelegation rund um die Seco-Direktorin Helene Budliger Artieda drängte deshalb auf ein Handelsabkommen mit den USA. Am 14. November erzielte sie eine vorläufige Einigung, die den Strafzoll für die Schweiz auf 15 Prozent reduzierte. Derzeit laufen die Verhandlungen für ein verbindliches Abkommen, sie könnten sich noch bis Juli hinziehen.

Die Zahl der Industriejobs in den USA sinkt

Trump verfolgt mit seiner Zollpolitik verschiedene Ziele. Wichtig ist ihm neben der Reduktion des Handelsbilanzdefizits, den amerikanischen Arbeitern zu helfen. «Wir werden unserer industriellen Basis wieder Schub verleihen», sagte der US-Präsident am «Liberation Day». «Arbeitsplätze und Fabriken werden in Massen in unser Land zurückkehren.»

Doch davon ist bis jetzt nichts zu sehen. Im Jahr 2025 ist die Zahl der Industriearbeitsplätze in den USA gesunken.

Dies ist ernüchternd, denn in der übrigen Wirtschaft ist die Beschäftigung gestiegen. Auch bei den Industriejobs hat es schon einmal besser ausgesehen. In den 2010er Jahren erholte sich die Zahl der amerikanischen Industriejobs leicht, nachdem es von 2000 bis 2010 einen tiefen Einbruch gegeben hatte.

Die Zolleinnahmen sind flüchtig

Trump will mit seiner Zollpolitik schliesslich «Amerika reich machen»: Die Zölle würden «Billionen von Dollar einbringen, um unsere Steuern zu reduzieren und unsere Staatsschulden zurückzuzahlen». Tatsächlich ist einiges Geld in die Staatskasse geflossen. Laut Daten des US-Finanzministeriums hat der amerikanische Staat im Jahr 2025 rund 289 Milliarden Dollar mit Zöllen eingenommen. Unter Trumps Vorgänger Joe Biden waren es jeweils nur rund 100 Milliarden pro Jahr gewesen.

Die Zolleinnahmen sind jedoch zu relativieren. Sie sind gering gemessen am Volumen des amerikanischen Staatshaushalts. Das zeigt ein Vergleich: Mit den Zolleinnahmen lässt sich das riesige Budgetdefizit des amerikanischen Staates nur geringfügig reduzieren, nämlich um 15 Prozent. Zudem hat Trump ein Problem: Der Staat wird die Zolleinnahmen wohl nicht behalten dürfen. Nach dem Urteil des US Supreme Court, dass Trumps Strafzölle ab April unrechtmässig gewesen seien, muss die US-Re-

Das amerikanische Defizit ist seit einem Jahrzehnt mehr oder weniger konstant. Es lässt sich indes nicht ausschliessen, dass sich grössere Veränderungen erst ab 2026 zeigen.

gierung wahrscheinlich Zölle in Höhe von bis zu 175 Milliarden Dollar rückerstatten. Auch daran trägt Trump selbst Schuld. Es rächt sich, dass er seine Zollpolitik wesentlich auf ein Notstandsgesetz aus dem Jahr 1977 abstützte, statt eine ordentliche Ermächtigung des Kongresses einzuholen.

Die Inflation in den USA hat angezogen

Ein Schaden lässt sich nicht mehr rückgängig machen: Die Importzölle haben bereits den Weg durch die amerikanische Wirtschaft gemacht. Die Importeure, die die Zölle zunächst bezahlten, reichten die Kosten häufig an ihre Abnehmer und an die Konsumenten weiter. Laut verschiedenen Studien wurden deshalb mehr als 90 Prozent der Zölle von den Amerikanern selbst bezahlt – und nicht von ausländischen Firmen, wie Trump es versprochen hatte.

Die Zölle haben die Konsumentenpreise in den USA nach oben getrieben. Ökonomen der Harvard-Universität schätzen, dass die Inflation in Amerika Anfang 2026 um 0,8 Prozentpunkte höher lag, als sie ohne Trumps Zölle gewesen wäre. Im Februar hätte die Inflationsrate demnach bei 1,6 Prozent liegen können statt bei den offiziell ausgewiesenen 2,4 Prozent. Unter den amerikanischen Konsumenten sorgt das für Unmut. Sie spüren Trumps Zollpolitik. Und dies, obwohl der US-Präsident seine Ziele bis jetzt verfehlt hat.

L'impact de la guerre en Iran se précise

RÉPERCUSSIONS La flambée des cours des hydrocarbures et la fermeture du détroit d'Ormuz ont des conséquences redoutables de l'agriculture aux transports en passant par l'industrie électronique et l'intelligence artificielle

ÉTIENNE MEYER-VACHERAND
ET RICHARD ÉTIENNE

Si les prix des énergies fossiles continuent de flamber, le commerce mondial progressera encore, mais beaucoup plus lentement. Telle est l'anticipation de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), présentée dans un rapport-fleuve jeudi à Genève. L'an dernier, malgré les taxes douanières de Trump, les échanges de marchandises s'étaient accrus de 4,6%. Cette année, ils pourraient bien se limiter à une croissance de 1,4%.

«La hausse des prix de l'énergie accroît les risques sur le commerce mondial, avec des répercussions potentielles sur la sécurité alimentaire et des pressions sur les coûts pour les consommateurs et les entreprises», averti jeudi la directrice générale de l'OMC, Ngozi Okonjo-Iweala. Vendredi, c'était au tour du patron de l'Agence internationale de l'énergie (AIE), Fatih Birol, de s'alarmer, dans le *Financial Times*: le volume de gaz dont l'approvisionnement a été interrompu est deux fois plus important que celui que l'Europe a perdu de Russie en 2022 et les pertes en pétrole sont supérieures à celles engendrées par les chocs pétroliers des années 1970.

La guerre en Iran se fait ressentir, quelquefois lourdement, dans des secteurs variés. De l'agriculture à l'industrie des semi-conducteurs, de la Chine au Portugal. En Suisse, l'institut KOF a averti cette semaine que si les prix du pétrole restaient élevés, le PIB du pays en 2027 devrait être inférieur, de 0,6%, aux prévisions de référence (une croissance de 1,7%).

■ Risque accru de famine

Le Programme alimentaire mondial a averti cette semaine que l'insécurité alimentaire pourrait atteindre un niveau record. Le PAM craint que 45 millions de personnes (en plus des quelque 300 millions qui sont déjà dans une situation alimentaire critique) ne soient confrontées à une «famine aiguë» si les prix du



Des bouteilles de gaz de pétrole liquéfié prêtes pour l'expédition dans un centre de distribution à Amritsar (Inde). (13 MARS 2026/PRAHJOT GILL/AP PHOTO)

pétrole restent élevés. «Si le conflit perdure, il aura des répercussions dans le monde entier, et les familles qui n'ont déjà pas les moyens de se payer leur prochain repas seront les plus durement touchées», affirme Carl Skau, directeur adjoint du PAM.

Les pays arides du golfe Persique sont loin d'être le grenier du monde. Mais ils jouent un rôle clé dans deux secteurs indispensables à l'agriculture: les hydrocarbures et les fertilisants. Le conflit dope les prix des carburants dont les agriculteurs dépendent pour faire tourner leurs tracteurs. Le transport des engrais est plus cher, tout comme les plastiques qui emballent les salades. Des Etats-Unis au Japon, les fabricants de polyéthylène font état de tensions.

Un tiers des fertilisants transitent en temps normal par le détroit d'Ormuz et les pays du Golfe sont d'importants producteurs d'ammoniac et d'urée, selon

l'Organisation des Nations unies pour l'alimentation et l'agriculture (FAO). Une prolongation de la guerre, même de quelques semaines, «fera baisser l'offre mondiale, en semis, en céréales, en aliments pour animaux, et celle des produits laitiers et de la viande», déclare Maximo Torero, économiste en chef à la FAO. Le conflit menace les deux tiers de l'offre en urée (un intrant pour les cultures de maïs, de blé ou de riz) dont les prix ont grimpé d'un tiers en mars, selon Bank of America.

■ Transport en ébullition

Partout les prix des carburants – essence, fioul marin, kérosène – flambent plus encore que ceux du brut et mettent leurs usagers sous pression – sur les routes, les mers et dans le ciel. Dans le transport de personnes comme le fret.

Selon l'Union internationale des transports routiers, c'est aux Etats-Unis que les prix à la pompe

ont le plus augmenté en mars (+ 33%) tandis qu'en Europe l'organisation basée à Genève fait état d'une hausse de 25% (et de 12% en Suisse).

Dans le transport maritime, le patron de Maersk s'est inquiété dans *Le Monde* d'une possible pénurie de fioul marin. En temps normal, ce dernier est peu cher et disponible mais c'est tout le contraire désormais: les prix se sont envolés à des hauteurs bien plus élevées que ceux du Brent – à 160 dollars à Fujairah, un port des EAU, par exemple – car de nombreuses raffineries de carburants marins se trouvent dans le golfe Persique. Contacté, MSC n'a pas souhaité faire de commentaire.

Du côté de l'aviation, les prix moyens du jet sont 82% plus élevés qu'il y a un mois, selon l'Association du transport aérien international (IATA), à Genève. L'Europe est exposée, alors qu'un bon quart de son approvisionne-

ment en kérosène vient du golfe Persique, selon l'IATA. De grandes compagnies aériennes européennes ont augmenté leurs tarifs tandis que d'autres pourraient y trouver leur compte. La guerre au Moyen-Orient provoque un regain d'intérêt des voyageurs pour le Vieux-Continent, ce qui dope l'activité de Ryanair à court terme, a relevé jeudi, auprès de l'AFP, son patron, Michael O'Leary.

■ Des semi-conducteurs suspendus à l'hélium

Les conséquences de la guerre en Iran pèsent aussi sur le marché mondial de l'hélium. Ce gaz rare est un des sous-produits de la fabrication de GNL (gaz naturel liquéfié). C'est aussi un élément irremplaçable pour la production de semi-conducteurs, un secteur critique.

Selon l'Institut d'études géologiques des Etats-Unis, le Qatar a fourni 33% de la production mondiale d'hélium en 2025. QatarEnergy, citée par Reuters, indique que les attaques de l'Iran qui ont endommagé ses installations vont entraîner une diminution de sa capacité de production de 14%. Son directeur estime qu'une remise en état pourrait prendre de trois à cinq ans. En 2022 déjà, le monde avait connu une pénurie d'hélium et une explosion des prix, renforcées par la guerre en Ukraine.

Il n'existe pas de bourse de l'hélium mais, selon Phil Kornbluth, un consultant spécialisé cité par CNBC, les prix ont augmenté de 70 à 100%. «Les prix spot de l'hélium pourraient s'envoler de 50 à 200% en cas de pénurie grave», souligne l'agence de notation Fitch.

Plus qu'une hausse des tarifs, c'est la rupture de l'approvisionnement qui inquiète pour la production de puces. Si les industriels du secteur disposent de réserves, la Corée du Sud et Taïwan, qui jouent un rôle clé dans la production de puces électroniques, dépendent fortement de la production qatarie. Dans

une note, Phil Kornbluth juge qu'une perturbation des livraisons d'hélium durant plus d'un mois pourrait conduire à une nouvelle pénurie de ce gaz.

■ L'IA sous surveillance

Si l'industrie des semi-conducteurs devait lever le pied, cela pourrait se traduire par une limitation de la production des processeurs nécessaires au développement de l'IA. Depuis des mois, le débat autour d'une bulle agite les économistes. Nouriel Roubini, professeur à l'Université de New York, fait partie des pessimistes. Cité par *Blick*, l'économiste, qui s'est fait connaître pour ses prédictions concernant la crise financière de 2008, estime que la hausse des prix du pétrole pourrait provoquer un choc mondial lié à l'IA. Il souligne que la crise pourrait tarir les financements des pays du Golfe, qui soutiennent massivement les infrastructures liées à son développement.

Les centres de données liés à l'IA sont gourmands en énergie. Selon l'AIE, le secteur représente déjà 1,5% de la consommation en énergie mondiale. Une proportion qui pourrait doubler d'ici à 2030. Une hausse durable des prix pourrait donc coûter cher aux promoteurs de cette technologie alors que le secteur peine encore à générer des revenus et que de nombreuses entreprises s'endettent lourdement.

Jeudi, Robert Staiger, économiste en chef de l'OMC, faisait également le lien entre l'IA et le conflit au Moyen-Orient lors d'une conférence de presse. «Si le prix de l'énergie reste élevé tout au long de l'année, cela pourra freiner l'essor de l'IA», a-t-il déclaré selon *The Guardian*. Dans son rapport sur le commerce mondial, l'organisation souligne que les biens liés à l'IA ont représenté «70% de la croissance totale des investissements en Amérique du Nord au cours des trois premiers trimestres de 2025». Un ralentissement dans ce domaine pourrait donc avoir des répercussions importantes sur l'économie mondiale. ■

Malgré les droits de douane, le commerce mondial a crû de 4,6 %

Julien Bouissou

Tirée par l'IA, la croissance de 2025 a été exceptionnelle. Estimée par l'OMC à 1,9 %, celle de 2026 pourrait pâtir de la guerre en Iran

En dépit d'un fort ralentissement entre 2025 et 2026, le commerce mondial parvient à résister aux différentes crises douanières et géopolitiques. Selon les prévisions de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), publiées jeudi 19 mars, la croissance des échanges de marchandises dans le monde devrait passer de 4,6 % en 2025 à 1,9 % en 2026.

Cette décélération n'est pas aussi catastrophique qu'elle en a l'air. La croissance en 2025 a en effet été exceptionnelle, dépassant toutes les attentes : elle a atteint les 4,6 %, alors qu'en octobre 2025 l'OMC ne s'attendait pas à ce qu'elle dépasse les 2,4 %. Cette performance est attribuée en grande partie aux investissements dans l'intelligence artificielle (IA), qui ont dopé les achats de serveurs et de matériel informatique, et aux importateurs américains, qui se sont dépêchés de regarnir leurs stocks avant la mise en place des droits de douane instaurés par le président américain, Donald Trump, en avril 2025.

Dans une note publiée mardi, le cabinet Oxford Economics ajoute que la hausse généralisée des droits de douane a été amortie par une baisse du billet vert par rapport aux autres devises, de 9 % depuis le début de 2025.

« L'affaiblissement du dollar américain pourrait contribuer à une hausse de 3,7 % à 4,9 % des volumes d'échanges en dehors des Etats-Unis, ce qui explique la forte croissance des exportations, y compris dans des pays fortement touchés par les droits de douane l'an dernier [en 2025] », peut-on y lire.

Ces bons chiffres du commerce mondial en 2025 sont toutefois à prendre avec précaution. Pour aller d'un point A à un point B, certaines marchandises empruntent désormais des chemins détournés, par des pays tiers, ce qui permet d'en masquer l'origine et d'échapper à des droits de douane élevés. Un rallongement des trajets qui peut aussi gonfler artificiellement le volume des échanges.

C'est ce que constate le cabinet Oxford Economics : *« La reconfiguration des échanges a considérablement réduit le fardeau des droits de douane américains en 2025. Or, par exemple, les produits chinois réacheminés via le Vietnam gonflent les statistiques d'exportation en raison d'un double comptage lorsqu'ils sont expédiés vers les Etats-Unis. »*

Ces prévisions restent incertaines dans un monde en pleines turbulences. L'OMC met en avant deux variables majeures capables de tout bouleverser : l'ampleur des investissements dans l'IA et la durée du conflit au Moyen-Orient.

Effets en cascade

« La hausse des prix du pétrole liée au récent conflit au Moyen-Orient pourrait retrancher 0,5 point de pourcentage à la croissance du commerce de marchandises en 2026, estime l'OMC. A l'inverse, celle-ci pourrait être relevée de 0,5 point si les échanges de biens liés à l'intelligence artificielle restent aussi dynamiques qu'en 2025. »

Outre la hausse des prix de l'énergie, c'est le blocage du détroit d'Ormuz qui, s'il se prolonge, risque d'avoir des effets en cascade sur l'économie mondiale. L'OMC rappelle que le tiers des exportations d'engrais dans le monde emprunte cet étroit passage et que l'agriculture en Inde, en Thaïlande ou au Brésil dépend respectivement à 40 %, à 70 % et à 35 % des importations en urée depuis les pays du Golfe.

Le rapport de l'OMC offre deux autres enseignements. Tout d'abord, les échanges de services augmentent quasiment deux fois plus rapidement dans le monde que ceux de marchandises, même s'ils ne représentent encore qu'entre 20 % et 25 % du total. Ils ont progressé de 5,3 % en 2025 et de 4,8 % en 2026.

Ensuite, la part des échanges de marchandises soumis à la clause de la nation la plus favorisée, l'un des principes fondateurs de l'OMC, qui interdit toute discrimination entre partenaires commerciaux, est passée de 80 % en 2022 à 72 %. Les pessimistes y verront une baisse importante. Les optimistes retiendront qu'une grande partie du commerce mondial respecte encore les règles du jeu du système multilatéral.

Les secteurs les plus stratégiques sont d'ailleurs les plus épargnés par les représailles douanières, à savoir ceux des minerais et des métaux, indispensables à la transition énergétique, ou des équipements informatiques utilisés dans l'IA. L'OMC note qu'entre le début de l'année 2025 et février 2026 les changements de droits de douane dans le monde ne se sont finalement appliqués qu'à 11 % du commerce mondial. Une manière de relativiser le choc douanier promis par Donald Trump.



Les bouffées de chaleur figurent parmi les symptômes les plus fréquents de la ménopause. Getty Images

L'impact de la ménopause reste négligé par les entreprises

Santé au travail Cette phase de changement hormonal modifie la trajectoire professionnelle de nombreuses femmes. Pourtant, les offres de soutien font défaut.

Romarc Haddou

En Suisse, une femme sur cinq diminue son temps de travail en raison de symptômes liés à la ménopause. C'est l'une des conclusions de la première enquête nationale sur la ménopause au travail (projet MenoSupport Suisse). Elle a été réalisée par la Haute École d'économie et de droit de Berlin en collaboration avec l'InselSpital de Berne et la start-up suisse The Women Circle (qui vend aussi des produits pour traiter les symptômes de la ménopause).

Sur les 2259 participantes (âgées de 30 à 67 ans avec une moyenne de 51 ans), beaucoup expliquent que la ménopause a eu une influence significative sur leur trajectoire professionnelle: 20,5% ont donc réduit leur temps de travail, 16,4% ont changé d'emploi, 13,3% ont interrompu leur carrière, 5,7% ont pris une retraite anticipée et 4,7% ont refusé une promotion.

Ces chiffres témoignent d'une prise en compte encore insuffisante dans les entreprises. L'équipe qui a mené cette enquête nationale l'affirme: «Bien que les femmes ménopausées représentent une part importante du personnel dans de nombreuses entreprises et constituent un capital humain précieux grâce à leur expérience professionnelle et à leur expertise technique, les offres de soutien pour la promotion de la santé en entreprise font défaut en Suisse pour cette phase de changement hormonal.»

Multitude de symptômes

Cette phase peut être longue puisque la ménopause survient en moyenne à 51 ans, mais que les premiers troubles peuvent apparaître une dizaine d'années plus tôt, dans le cadre de la périménopause. Alors qu'une trentaine de symptômes potentiels sont recensés, certains sont plus fréquents

que d'autres. D'après le projet MenoSupport Suisse, c'est le cas de la fatigue physique et mentale (71,2% des participantes), des troubles du sommeil (62,6%), de l'irritabilité (47,6%), des bouffées de chaleur et de la transpiration (43,3%). Ces troubles entraînent des difficultés concrètes au travail: problèmes de concentration (66,8%), stress (55,4%), impatience ou irritation envers les collègues (43,2%) ou encore baisse de la confiance en ses propres compétences (41,2%).

«Avoir une véritable prise en compte de la ménopause avec des ajustements possibles me semble primordial.»

D^{re} Sophie Burger
Gynécologue obstétricienne
au sein de Medbase

La bonne nouvelle, c'est que le tabou autour de la ménopause commence à tomber. En Suisse, plusieurs initiatives ont vu le jour. Nous avons cité la start-up The Women Circle, il y a aussi Queenager, une plateforme d'information et de sensibilisation qui s'adresse aussi bien aux femmes qu'aux employeurs. À l'UNIL, la professeure Nicky Le Feuvre (associée à Isabelle Zinn de la Bern University of Applied Sciences) mène aussi un projet de recherche autour du vieillissement au travail avec un focus sur la ménopause.

«Dans les générations antérieures, les femmes étaient beaucoup plus rarement sur le marché du travail autour de la cinquan-

taine. Aujourd'hui, au lieu de vivre la ménopause chez elles, elles la vivent en emploi, observe Nicky Le Feuvre. Le problème, c'est que les entreprises n'ont pas beaucoup d'expérience en la matière. Elles sont capables de faire de la prévention des accidents, de gérer des grossesses, mais la question de la ménopause leur échappe encore.»

En cherchant des terrains d'enquête en Suisse, la chercheuse assure avoir perçu un vrai engouement de la part des entreprises. «Avoir un espace et un rythme de travail adaptés aux besoins des femmes, ce n'est pas une revendication, c'est une nécessité pour les entreprises. Beaucoup disent qu'elles veulent savoir ce que vivent leurs salariées et surtout ce qu'il est possible de faire pour que cette transition soit la plus fluide et la mieux vécue possible. Elles sont bien conscientes que les femmes seniors représentent une main-d'œuvre qu'il ne faut pas laisser partir.»

Repenser le lieu de travail

Pour la D^{re} Sophie Burger, gynécologue obstétricienne au sein de Medbase, «la majorité des lieux de travail n'est pas adaptée aux personnes concernées par les règles, les grossesses, l'allaitement ou la ménopause. Le vrai enjeu, c'est la prise en compte des besoins individuels, quels qu'ils soient et pour tout le monde. Il est essentiel de sortir du cliché de l'homme blanc hétéro cisgenre de 35 ans, 1,75 m pour 75 kg comme «l'être humain par défaut.»

Interrogées sur leurs besoins, les femmes ayant participé au projet MenoSupport Suisse citent toute une série d'aménagements utiles sur leur lieu de travail. Voici la liste des dix mesures les plus plébiscitées: sensibilisation des responsables (64,6%), communication ouverte (61,6%), mise à disposition d'informations (59,8%),

sensibilisation des collaborateurs (59%), mise en place d'une culture de travail favorable à la ménopause (58,3%), postes de travail climatisés (55,1%), horaires de travail flexibles (53,5%), cours sur les techniques de relaxation (49,9%), possibilités d'échange avec d'autres femmes de l'entreprise (49,0%) et offres sportives spécifiques (46,9%).

Plus que des aménagements physiques, c'est donc la culture de l'entreprise qui serait à modifier en priorité. «Il y a un tel panel de symptômes et une telle variabilité interindividuelle qu'il est difficile d'imaginer le lieu de travail idéal pour tout le monde, mais le fait d'avoir une véritable prise en compte de la ménopause avec des ajustements possibles au niveau fonctionnel ou contractuel me semble primordial», indique Sophie Burger.

Risque de stigmatisation

«Il y a plein d'aménagements envisageables, que ce soit sur la température des bureaux, les espaces de repos, les possibilités de télétravail, souligne Nicky Le Feuvre. Mais il faut que cela s'accompagne d'une réflexion sur l'organisation du travail. Par exemple, avoir la possibilité de réduire temporairement son taux d'activité en sachant qu'on pourra le réaugmenter par la suite. Ou avoir la possibilité de partager les responsabilités pendant une période définie.»

Surtout, selon la professeure, «il faut veiller à ce que la visibilité de la ménopause ne se retourne pas contre les femmes et ne soit pas source de stigmatisation; avec le risque qu'elles soient perçues comme moins performantes au moment du pic des symptômes ou juste avec l'avancée en âge». L'étude qu'elle vient de lancer se penchera aussi sur la manière de limiter ce risque.

S'investir comme père impressionne au bureau

Égalité En cas d'absence pour enfant malade, les femmes cadres sont moins soutenues.

Dès le départ, Anna Birchler savait qu'elle devait organiser la garde de ses deux enfants au millimètre. Responsable des Finances dans une administration cantonale, cette femme de 47 ans avait toujours un plan B, surtout quand les enfants étaient petits et souvent malades. «Si je devais m'absenter, mes collaborateurs se contentaient de s'informer gentiment de l'état des enfants», raconte-t-elle.

Thomas Schmid a vécu l'époque où ses enfants étaient petits d'une manière un peu différente. Directeur d'une école cantonale, il explique que son équipe a toujours fait preuve d'une grande compréhension lorsqu'il devait partir en milieu de journée pour récupérer un de ses enfants. Ses collègues le soutenaient pleinement dans ces moments-là.

À 62 ans, il considère cette entraide comme un élément clé de l'ambiance de travail. «Je suis là pour mes collaborateurs, ils ne doivent jamais se sentir pénalisés par leurs obligations familiales», souligne-t-il. Sa femme, cadre dans une grande banque, a connu moins de flexibilité. «Nous avons dû nous coordonner encore davantage.»

En pratique, les cadres hommes et femmes ne bénéficient pas du même soutien de la part de leurs équipes au quotidien. Cela se ressent particulièrement lorsqu'il s'agit d'assumer des obligations familiales ponctuelles, comme aller chercher un enfant malade à l'école ou accompagner un parent âgé chez le médecin.

Jamie Gloor, professeure de leadership et de sciences de la diversité à l'Université de Saint-Gall, montre dans une nouvelle étude que la volonté d'aider est plus forte envers les supérieurs hommes qu'envers les supérieures femmes. Les collaborateurs manifestent ainsi 63% de soutien supplémentaire lorsqu'un homme fait face à un conflit entre vie professionnelle et vie familiale, comparé à une femme dans la même situation.

La spécialiste a étudié les réactions de plus de 1200 cadres dans plusieurs pays et le constat est identique partout: les supérieurs hommes bénéficient d'un avantage plus marqué, supérieur de 14% à celui accordé aux femmes.

Hommes perçus comme plus engagés

Des études plus anciennes montrent que la naissance d'un enfant profite davantage aux hommes. Ils sont perçus comme plus engagés et voient leurs opportunités de carrière augmenter. Pour les femmes, c'est différent. On suppose automatiquement qu'en tant que mères elles doivent lever le pied professionnellement et assumer les tâches familiales.

«Ces attentes profondément ancrées envers les pères et les mères se renforcent dans le monde du travail», ajoute l'expert. Cela se traduit souvent par de petits gestes: lorsqu'un supérieur se montre préoccupé par sa famille, ses collaborateurs prennent le relais. Son équipe finalise une présentation ou prépare une réunion à sa place, tan-

dis qu'il peut aller chercher son fils enrhumé à l'école.

«La raison de cette différence de traitement tient aux stéréotypes liés aux rôles», observe Jamie Gloor. «Pour un homme, s'investir comme père suffit déjà à dépasser les attentes. Tout le monde se dit: quel type formidable», relève-t-elle. Pour les femmes, c'est différent. Si elles ne se consacrent pas entièrement à leur famille, elles sont vite perçues comme de mauvaises mères. Et puisque l'on estime qu'une mère doit gérer ces tâches, les collègues sont moins enclins à lui apporter de l'appui.

«Cette aide bien intentionnée contribue en réalité à renforcer les inégalités.» Lorsque les cadres hommes bénéficient d'un soutien accru de leurs équipes, ils en tirent aussi des avantages professionnels: davantage de visibilité et de succès. «Les femmes, elles, doivent redoubler d'efforts pour obtenir la même reconnaissance.»



«La raison de cette différence de traitement tient aux stéréotypes liés aux rôles.»

Jamie Gloor

Professeure de leadership et de sciences de la diversité à l'Université de Saint-Gall

Elle recommande, en plus d'un congé pour chaque parent, de renforcer l'accompagnement des femmes cadres. «Les collaborateurs doivent assurer un accompagnement équitable envers tous les cadres, y compris les femmes.» Ainsi, chacun peut contribuer à réduire les inégalités.

Sans bénéficier du renfort de son équipe, Anna Birchler s'en est toujours bien sortie. Cadre avec des horaires flexibles, elle pouvait assister à des rencontres parents-professeurs à l'école l'après-midi et compenser son travail le soir.

Lors de certains entretiens d'embauche, elle a constaté que les stéréotypes sont solidement établis. «On m'a parfois demandé qui s'occupait de mes enfants pendant mon travail», raconte-t-elle. «J'ai aussitôt compris qu'un employeur avec une telle vision des rôles n'était pas pour moi.»

Thomas Schmid n'a jamais eu à se justifier au travail, mais il aimerait que sa femme bénéficie du même traitement. Elle a souvent dû faire face à des critiques, y compris de la part d'autres femmes. «Un soutien renforcé et plus de tolérance auraient été les bienvenus», conclut-il.

**Fabienne Riklin
Ava Moll**

Traduction: Emmanuelle Stevan



À l'approche des inscriptions dans les hautes écoles, les étudiants se demandent quelle filière offre le plus d'emplois (ici à l'Université de Lausanne). Florian Cella

La crainte du chômage grandit chez les étudiants

Marché du travail À l'approche des inscriptions, l'employabilité pèse autant que la passion dans le choix d'un cursus, car toutes les hautes écoles ne garantissent pas un emploi. Témoignages.

Nina Devaux

«J'aimerais faire un master qui me plaît, mais qui offre aussi des opportunités de travail», confie Margot, en dernière année de bachelor à HEC Lausanne. À 24 ans, après quatre ans d'études en filière management, elle se retrouve face à un choix qui l'inquiète. La date limite des inscriptions aux masters, fixée au 30 avril, approche et, comme beaucoup d'étudiants, elle hésite encore sur la suite de son parcours.

Pour trancher, l'intérêt pour une discipline ne suffit plus toujours. «Par exemple, si le marketing me plaît, mais que je sais que je ne trouverai pas d'emploi, non merci», tranche-t-elle. En parallèle, Margot observe aussi les transformations du marché du travail, qui la préoccupe. «Avec la montée de l'intelligence artificielle, ça fait un peu peur.»

La question de l'expérience professionnelle pèse aussi dans la balance, selon la jeune femme. «Ce qui me stresse, c'est que je sais que les entreprises engagent plus facilement si on a fait des stages avant. Mais je n'en ai jamais fait. D'ailleurs, je ne saurais même pas par où commencer pour en trouver un.»

Et pour cause, il est difficile pour les étudiants de se faire embaucher sans expérience. «De ce que j'entends, beaucoup cherchent des stages. Mais lors des entretiens, on leur demande d'en avoir déjà fait un pour être embauché. C'est le serpent qui se mord la queue.»

Des chiffres parlants

Ces interrogations ne sont pas isolées. À l'approche du choix d'un master, l'employabilité devient un critère central pour de nombreux étudiants. Et les statistiques

montrent que tous les cursus ne mènent pas aux mêmes perspectives. En Suisse romande, poursuivre des hautes études n'est pas forcément synonyme de l'obtention d'un emploi. Selon les derniers chiffres de l'OFS, le taux de chômage des diplômés de l'enseignement supérieur est en légère augmentation, passant de 2,7 à 3,2% entre 2021 et 2023. À titre comparatif, le taux de chômage général était de 4,0% la même année.

Les jeunes diplômés s'en tirent ainsi mieux que le reste de la population active en Suisse. Reste qu'en fonction du cursus choisi, l'entrée dans la vie active s'avère plus ou moins facile. Ce sont les diplômés des hautes écoles pédagogiques (HEP) qui s'en sortent le mieux, avec seulement 0,8% de chômage constaté un an après l'obtention de leurs diplômes. Suivent les Hautes Écoles spécia-

lisées (HES), qui comptabilisent 3,4% de diplômés d'un bachelor sans emploi.

«Pour la plupart des formations que nous proposons, le niveau bachelor est professionnalisant, souligne Cédric Adrover, responsable de la communication de la HES-SO. C'est-à-dire qu'il prépare à l'entrée immédiate dans le monde du travail.» Les universités, en revanche, présentent un taux de chômage plus haut, avec 3,9% de chômeurs un an après l'obtention d'un master.

Question de filières

Mais ce sont surtout les filières choisies qui font la différence. Les personnes diplômées en médecine et en pharmacie, par exemple, domaines seulement enseignés dans les universités, présentent le taux de chômage le plus bas (1,1%). À l'autre bout du spectre, les étudiants des hautes écoles d'art ob-

tiennent le plus mauvais score, avec 8,2% de chômage. «Néanmoins, plusieurs variables doivent être prises en compte, notamment le statut d'intermittent pour certaines professions, où les personnes sont souvent entre deux emplois. Cet aspect n'est pas pris en compte dans les chiffres après un an», nuance Cédric Adrover.

D'autres branches, enseignées à la fois au sein des HES et des universités, sèment le doute, car les deux types d'écoles n'ont pas le même taux d'employabilité. La filière choisie semble en effet prévaloir sur le type d'école. Si vous avez étudié la santé, les sciences sociales et de l'éducation ou les sciences de la construction, vous avez tout intérêt à choisir une HES. En revanche, vous avez plus de chances de trouver un emploi au sortir de vos études universitaires en

La peur du chômage grandit...

sciences humaines, économiques ou techniques (agriculture et sylviculture). Il en va de même pour le droit, seulement accessible via un cursus universitaire.

Autrement dit, même si les parcours en HES promettent en moyenne une meilleure employabilité, la voie universitaire n'est donc pas toujours la mauvaise option selon le domaine d'étude. Mais le choix de la filière ne fait pas tout, car l'insertion professionnelle dépend aussi de l'expérience acquise pendant les études. Un facteur souvent déterminant pour se distinguer sur le marché du travail.

Concurrence rude

Iliana, en dernière année de bachelor HEC à l'UNIL, illustre bien cette réalité. Après sa maturité gymnasiale, elle a eu envie de découvrir le monde du travail avant de poursuivre ses études. «J'avais de bonnes moyennes et un enseignant m'a aidée à décrocher un stage dans une multinationale. Cette expérience m'a permis d'acquérir de nombreuses connaissances», explique-t-elle. Bien qu'aucune promesse d'embauche formelle ne lui ait été proposée à l'issue de son stage, elle se sent prête à tirer parti de ce passage. «Je me suis fait un bon réseau qui, j'en suis sûre, m'ouvrira des portes lorsque je chercherai mon premier emploi.»

Elle reprend: «Rien n'est acquis et j'essaie de rester active dans le monde du travail en dehors de mes études afin que mon CV soit le plus complet possible. Je suis consciente que la concurrence va être rude pour obtenir un emploi une fois mon master en poche.» Pour la jeune femme, l'expérience professionnelle permet de se distinguer des autres. «Bien qu'il soit en pleine réforme, mon cursus académique est actuellement peu orienté vers la pratique», regrette-t-elle.

Elle souligne la singularité de son parcours. «Je pense que mon cas est peu fréquent dans les universités, parce qu'à l'inverse des HES, aucune expérience professionnelle n'est requise pour intégrer un bachelor.» Une absence de critère susceptible de peser ensuite sur la recherche d'emploi. «Selon moi, cela peut être pénalisant pour certaines perspectives de carrière où l'expérience pratique est fortement valorisée.»

Taux de chômage des diplômés (promotion 2022)

Situation une année après l'obtention du diplôme (en %)

■ HES/HEP ■ Université ■ Intervalle de confiance (95%)

Arts



Sciences humaines



Sciences exactes et naturelles



Sciences économiques



Droit



Sciences techniques, agriculture et sylviculture



Sciences sociales et de l'éducation



Sciences de la construction



Santé



Médecine et pharmacie



Graphique: Dhl / Source: Confédération Suisse

L'IA bouleverse la formation et le monde de l'emploi

L'économiste de l'éducation **Stefan C. Wolter** appelle à la prudence face à une réalité devenue extrêmement mouvante, où



Nicole Philipp

plusieurs facteurs d'incertitude s'additionnent. «Les entreprises ne savent pas vraiment où ça va aller», explique-t-il, évoquant à la fois les tensions géopolitiques et les transformations technologiques. Par précaution, certaines entreprises freinent leurs recrutements, redoutant de ne pas avoir besoin de ces profils «dans six ou douze mois». Résultat: moins de postes ouverts et une insertion professionnelle plus difficile pour les nouveaux diplômés. Dans ce contexte, les données disponibles sur le chômage des étudiants peinent à suivre le rythme. «Les chiffres sont déjà dépassés», tranche le directeur du Centre suisse de coordination pour la recherche en éducation (CSRE). «Maintenant, la situation change pratiquement d'un mois à l'autre.» Une accélération largement portée par l'essor de l'intelligence artificielle, qui rebat les cartes bien au-delà des secteurs traditionnellement fragiles.

«En deux ans, la situation a radicalement changé», observe-t-il. D'abord perçue comme une menace pour les métiers de l'écrit, l'IA s'impose désormais aussi dans des domaines comme l'informatique, les mathématiques ou même le droit. Le développement d'outils capables d'analyser l'ensemble du savoir légal de Suisse bouleverse par exemple l'apprentissage. «Ce qui prenait trois semaines peut être fait à présent en une heure.» Dès lors, toute projection devient incertaine. «Ce que l'on pense aujourd'hui sera déjà dépassé après deux mois», insiste l'économiste, décrivant «un temps très volatil», où aucune profession ne peut se considérer durablement à l'abri. Pour l'heure, ce sont les domaines liés aux relations humaines, comme la santé ou le social, qui semblent les plus résistants.

Nina Devaux

Études et emploi, comment décider en terrain incertain

Orientation professionnelle Si les débouchés varient selon les filières choisies, d'autres facteurs comptent pour décrocher un premier job.

Vers quelles études se diriger et pour quelle carrière? La question donne le vertige à bien des jeunes, comme à leurs parents. C'est le quotidien des conseillers en orientation dans toute la Suisse.

«Dans notre activité, nous prenons en compte deux dimensions», explique Didier Perrenoud, conseiller au gymnase d'Yverdon et responsable des prestations d'orientation pour les gymnases vaudois. D'un côté, l'individu, ses valeurs, ses attentes; de l'autre, le monde professionnel, marqué par les incertitudes économiques et l'essor de l'intelligence artificielle. «Ensuite, chacun doit décider si un certain degré d'incertitude lui convient ou s'il préfère une filière menant directement à un métier.»

Frédérique Dély, conseillère au Collège de Saint-Maurice (VS), abonde: «Certains chemins sont plus tortueux, et il faut en avoir

conscience.» Si un jeune envisage, par exemple, des études de psychologie ou de lettres, la psychologue rappelle que les perspectives y sont plus incertaines. Faut-il renoncer? «Je ne dis jamais cela. Si l'on se lance, il faut le faire en connaissance de cause, être prêt à se battre. En général, celles et ceux qui hésitent finissent par choisir une autre voie.»

Activités parallèles

L'employabilité à l'issue des études fait partie des informations que les conseillers mettent à disposition des personnes qu'ils suivent. Frédérique Dély observe que les élèves abordent souvent d'eux-mêmes le sujet. Depuis le début de l'année, elle a par exemple vu trois jeunes filles abandonner leur premier choix, la psychologie, par crainte pour leur avenir. «Le renoncement est éga-

lement fréquent dans le milieu artistique. Certains préfèrent finalement développer ces compétences sur leur temps libre plutôt que d'en faire une carrière.»

Les conseillers mettent toutefois ces préoccupations en perspective, en rappelant que le choix des études ne fait pas tout. Didier Perrenoud cite «une recherche menée à l'Université de Fribourg et publiée en 2022, montrant que

«Certains chemins sont plus tortueux, et il faut en avoir conscience.»

Frédérique Dély

Conseillère en orientation professionnelle au Collège de Saint-Maurice (VS)

le taux de chômage varie fortement selon les activités parallèles aux études». «Ceux qui ont effectué un stage ou travaillé durant leur cursus trouvent plus facilement un emploi, quelle que soit la filière», observe le spécialiste vaudois.

Les langues sont un atout

En conséquence, Didier Perrenoud recommande de préparer son avenir dès le bachelor. Il cite, par exemple, les dispositifs universitaires pour développer d'autres compétences, comme une deuxième langue. Le chômage est d'ailleurs moins élevé chez ceux qui maîtrisent une autre langue nationale. Pour les Romands, l'allemand ou le suisse allemand. Finalement, chercher un premier emploi avant d'obtenir son diplôme améliorerait les chances d'insertion.

Reste une réalité. Alors que de plus en plus de jeunes fréquentent l'université, l'avenir est incertain. «Nous n'avons pas de boule de cristal et il est difficile de prédire la situation du marché du travail dans sept ou huit ans, reconnaît Frédérique Dély. Mais beaucoup de gens ne travaillent pas, au final, dans le secteur ou l'activité qu'ils avaient visés au départ.»

Andreas Häfeli, chef du Centre d'orientation scolaire et professionnelle du Canton du Jura, relève que cette difficulté s'est encore accélérée avec l'intelligence artificielle: «Elle change la donne comme toutes les innovations technologiques, mais de façon plus rapide.» Si cela peut être vu comme une menace, il appelle aussi à y voir l'opportunité «d'évoluer constamment».

Dans ce contexte, le conseiller essaie d'abord d'aider les

jeunes à analyser ce qu'ils veulent et quelles sont leurs compétences. Andreas Häfeli note d'ailleurs que son métier a lui aussi évolué. «Pendant longtemps, l'orientation reposait sur une logique assez simple: on essayait d'identifier les aptitudes d'un jeune et de les faire correspondre avec un métier. Aujourd'hui, on sait que les parcours professionnels sont beaucoup plus évolutifs qu'avant.»

La recherche de sens est devenue plus importante. «Plutôt que de leur dire ce qu'ils devraient faire, nous aidons les jeunes à se connaître et à acquérir des compétences dans la gestion de carrière, qu'ils pourront utiliser toute leur vie. Et nous les soutenons pour qu'ils développent leur capacité d'adaptation.»

Caroline Zuercher



Vue sur des bureaux dans le quartier de l'Etoile, à Genève (24 FÉVRIER 2026/DAVID WAGNIÈRES/LE TEMPS)

JULIE EIGENMANN

«Créer votre CV professionnel suisse avec expert RH certifié à Genève.» C'est ce que propose le site CVsuisse.com. Et plus précisément de «rédiger un CV au format authentique suisse optimisé ATS [Applicant Tracking System, logiciel de gestion de candidatures, ndlr] par Léa Harfi, experte RH certifiée à Genève.» Le site se dit même «service no 1 pour créer un CV suisse». Et propose de créer «un CV pro»... pour 39 euros seulement.

Alléchant? Oui, sauf que Léa Harfi est introuvable. Et pourtant, Martin* a bien utilisé en 2025 les services de la plateforme. Français, désireux de s'implanter sur le marché du travail suisse, il tombe sur des publicités pour ce service sur LinkedIn. Il débourse alors 50 euros pour voir son CV examiné par la professionnelle. «Au vu des retours, personnels comme professionnels, que j'avais, je me suis rendu compte qu'il me fallait un CV adapté pour la Suisse. Je voulais gagner un peu de temps, avoir des tuyaux concrets.» Il paie donc. Incapable d'atteindre la personne par téléphone, il se pense alors victime d'une arnaque. Mais en quelques semaines, il reçoit bien des CV et lettres de motivation adaptés, «qui m'ont paru assez bien construits».

Photo de banque d'images et diplôme inexistant

Plus tard, toujours en recherche d'emploi, il échange avec David Talerman, spécialiste français de l'expatriation et coach emploi. Qui s'étonne et s'agace: les conseils donnés, notamment sur la longueur du CV ou la façon d'afficher les compétences, ne collent pas avec les bonnes pratiques du secteur et le profil du candidat, estime-t-il. Mais soit: les avis d'experts peuvent diverger. Sauf que Léa Harfi ne semble pas en être une, s'aperçoit rapidement David Talerman: elle ne correspond à aucun profil réel et ses photos – qui montrent deux personnes différentes selon les comptes sur les réseaux sociaux – sont issues de banques d'images.

Son profil LinkedIn affiche aussi une expérience comme «chargée de recrutement» de 2018 à 2020 pour Multinational IT Solutions, une entreprise qui n'existe pas. Et comme formation, «un master en ressources humaines et management à l'Université de Genève» effectué de 2019 à 2021. Contactée, l'Université de Genève nous confirme proposer un Master of Advanced Studies (MAS) en management, ressources humaines et carrières, mais ne pas avoir retrouvé le nom de Léa Harfi parmi les diplômés.

Très actifs sur les réseaux

Pourtant, les publications de CVsuisse sont fréquentes et visibles sur des groupes frontaliers de divers réseaux sociaux. Sur LinkedIn, la société est présentée sous l'étiquette «Recrutement et placement de personnel», basée à Genève et fondée en 2023.

Elle compte en mars 2026 plus de 4100 abonnés. «Bonjour à tous, je suis Léa, une ancienne responsable ressources humaines basée à Genève, et je suis spécialisée dans la rédaction de CV en format suisse», est-il notamment posté.

Léa Harfi serait donc une ancienne DRH passée par de grandes entreprises suisses, selon une ancienne version de CVsuisse, modifiée depuis. Mais comme *Le Temps* a pu s'en assurer, aucune Léa Harfi n'est connue des entreprises qu'elle nommait alors. La société n'est pas non plus inscrite au registre du commerce suisse. Nous avons tenté de contacter Léa Harfi.

«Il y a potentiellement une responsabilité pénale et civile, avec toutefois la difficulté pratique que ces sites sont très souvent créés depuis l'étranger»

DAVID RAEDLER, PROFESSEUR DE DROIT DU TRAVAIL À L'UNIVERSITÉ DE LAUSANNE

Nous avons fini par obtenir une réponse sur Facebook, mais la personne en ligne n'a pas souhaité répondre à nos questions. La société serait située à Onex (GE), mais son numéro de téléphone, qui correspond à la

région de Winterthur, renvoie sur le répondeur d'une société de compléments alimentaires.

Le Seco ou les ORP, de faux partenaires

Mais CVsuisse n'est pas un site «isolé»: il est lié à tout un écosystème pour le moins étrange, dont 123suisse.com, «la plateforme leader pour trouver un emploi en Suisse. Nous connectons les talents avec les meilleures opportunités», selon ses dires. Un site qui renvoie vers CVsuisse.com mais aussi vers <https://salaire-suisse.com>.

Le site présente comme «la plateforme de référence pour estimer et comprendre les salaires en Suisse. Nos outils sont développés avec des experts du marché du travail suisse.» Le site mentionne d'ailleurs comme partenaires des institutions officielles, comme le Seco, l'OFS ou encore le portail travail.swiss. Contacté, le Seco précise «ne pas connaître ce site et ne pas être partenaire.»

Tous ces sites semblent évoluer régulièrement. CVsuisse mentionnait il y a quelque temps encore sur LinkedIn que «les CV ont été validés par les services d'emploi suisses tels que l'OCE (Genève) et l'ORP (Vaud)». Contactées, ces institutions assurent aussi ne pas avoir eu de partenariat avec la plateforme.

Et pourtant, Martin a bien reçu un dossier de candidature revu. Faut-il appeler cela une arnaque? «Oui s'il n'y a pas d'expertise derrière», répond David Raedler, professeur de droit du travail à

l'Université de Lausanne et avocat spécialiste également de la protection des données et du droit commercial.

Il détaille: «C'est une violation de la loi fédérale contre la concurrence déloyale, par son article 3, que de faire croire que l'on détient certaines capacités professionnelles et certains titres si ce n'est pas vrai. Dans ce cas, il est évident qu'on aurait moins confiance de confier ses données personnelles en vue de la rédaction d'un CV si on savait qu'il s'agissait en vérité d'un informaticien, par exemple, qui le fait probablement grâce

ENQUÊTE

à de l'intelligence artificielle et le fait payer 40 euros.» L'IA renforce la création de ce type de sites, tous domaines confondus, constate-t-il.

La mention de faux partenariats ajoute des couches à la violation. «Il y a potentiellement une responsabilité pénale et civile, avec toutefois la difficulté pratique que ces sites sont très souvent créés depuis l'étranger, ce qui peut compliquer la procédure. Cela étant, le fait qu'il n'y ait jamais qu'un seul site peut aggraver l'infraction et renforcer l'intérêt à agir. On peut imaginer une procédure de la part d'un client, ou d'un service similaire véritablement expert, pour concurrence déloyale.»

Comment distinguer les vrais experts des faux, alors? «Ces sites-là sont souvent très similaires et affichent des prix très bas, souligne David Raedler. Il faut en référer aux conditions générales du site et, en cas de doute, préférer utiliser soi-même l'IA s'il s'agit d'une aide pour une

base de CV, plutôt que de transmettre ses données à un inconnu. Ou alors se faire accompagner par un vrai professionnel si l'on souhaite un réel soutien.»

Car qui se cache derrière toutes ces plateformes? Aucun nom n'y apparaît aujourd'hui, sauf celui de la mystérieuse Léa Harfi. Mais en 2025, 123suisse, qui renvoie donc vers CVsuisse, a affiché, outre le nom de Léa Harfi alors présent sur ce site-là aussi, le contact d'une personne bien réelle. *Le Temps* a pu le constater grâce à Wayback Machine, qui permet d'explorer les archives d'internet.

La personne en question se trouve être l'un des associés fondateurs de la société Nexa Capital SAS, basée en France et créée en 2025. Dans les statuts de cette société, il est notamment précisé qu'elle a pour objet, en France et à l'étranger «la gestion, la création, l'exploitation, la maintenance, et la monétisation de sites web, incluant mais sans s'y limiter: emploi-suisse.com, my-swiss.com, myswissjob.com, web-frontalier.com [...]». Des sites créés dès 2023, avec beaucoup de visuels visiblement générés par l'IA.

Tout un réseau, dans lequel CVsuisse et 123suisse n'apparaissent pas. Nexa Capital est-il aussi à l'origine de ces sites? Cette mention désormais supprimée de l'un des associés de Nexa Capital sur 123suisse semble le laisser penser, au-delà des modèles similaires de plateformes.

Mais le réseau de Nexa Capital est tout autre, assurent ses associés, contactés: «Nous sommes

victimes de ces sites qui nuisent à notre image. Ils ne nous appartiennent pas. Si un site a affiché une redirection faisant référence à notre activité, cela relève d'un usage non autorisé et frauduleux. Nous avons constaté que certains sites reprennent des contenus provenant de nos plateformes. Des signalements ont été déposés.»

Nexa Capital est à l'origine d'autres plateformes, notamment my-swiss.com, attestent par ailleurs ses associés. Le cœur de métier de la société «réside dans la création de plateformes digitales, la production de contenus informatifs et le développement d'outils en ligne destinés à accompagner les personnes intéressées par la mobilité professionnelle vers la Suisse». Il existe d'autres sites, qui ne se limitent pas à la Suisse, dont www.sg-jobs.com, pour Singapour.

«En cas de doute, il faut préférer utiliser soi-même l'IA, plutôt que de transmettre ses données à un inconnu»

DAVID RAEDLER

My-swiss.com, par exemple, relaie des offres d'emplois existantes ailleurs, mais propose aussi des packs de coaching emploi allant de 70 à 300 euros. Et donne également des conseils liés aux CV suisses ou aux salaires notamment.

Avec quelle expertise en ressources humaines? «Les services proposés sur *My-Swiss.com* reposent sur l'expérience de nos équipes et de nos partenaires dans la rédaction de CV, de lettres de motivation et l'optimisation des dossiers de candidature», répondent les associés de Nexa Capital. Nous avons contacté différentes sociétés suisses mentionnées comme partenaires de *My-swiss.com*. Elles confirment avoir eu un partenariat mais précisent qu'ils n'ont plus cours.

Concernant les «équipes et partenaires» mentionnés par Nexa Capital, soit les «collaborateurs internes qui ont participé à la création de nos modèles et contenus», et dont nous ne connaissons pas les noms ni le nombre, «leur expérience repose sur la rédaction et l'optimisation de dossiers de candidature, nous précise la société. Cette expertise s'est construite à travers la production et l'amélioration de documents professionnels dans divers secteurs. [...] Nous ne revendiquons pas une expertise RH institutionnelle, mais une expérience pratique solide.»

Quoi qu'il en soit, lorsqu'il s'agit de se faire conseiller pour entrer sur le marché du travail suisse, la prudence reste de mise. ■

* Prénom d'emprunt

Une stratégie contre les pénuries

MÉDICAMENTS La conseillère fédérale chargée de la Santé, Elisabeth Baume-Schneider, a présenté vendredi une feuille de route pour améliorer l'approvisionnement en produits pharmaceutiques. Une réponse à l'initiative populaire qui demande de renforcer le rôle de la Confédération sur ce sujet

ANNICK CHEVILLOT, BERNE

La Suisse pensait son approvisionnement en médicaments solide, presque allant de soi. Il aura fallu la pandémie de Covid-19 pour fissurer cette certitude. En quelques mois, un pays pourtant au cœur de l'industrie pharmaceutique mondiale s'est retrouvé confronté à des pénuries bien réelles, et pas seulement de produits de niche, mais de médicaments du quotidien. Depuis, le problème ne s'est pas résorbé, il s'est installé.

C'est dans ce climat d'inquiétude qu'est née l'initiative «Oui à la sécurité de l'approvisionnement médical». Portée par les pharmaciens et soutenue par un large front d'acteurs de la santé, elle part d'un constat sans détour: le système actuel ne garantit plus l'essentiel. Trop dépendante de chaînes de production mondialisées, concentrées dans quelques pays, la Suisse subit les contrecoups de décisions prises ailleurs. A cela s'ajoute une réalité plus inconfortable: les médicaments les plus touchés sont souvent les moins chers, ceux dont la rentabilité est faible et que les fabricants abandonnent en premier.

Pour améliorer la situation, les initiateurs veulent frapper fort: inscrire dans la Constitution un principe de sécurité de l'approvisionnement et donner à la Confédération les moyens d'agir lorsque le marché échoue. Production, stocks, interventions ciblées, l'Etat ne remplacera

pas le système actuel, mais il ne resterait plus spectateur lorsque celui-ci vacille.

Face au diagnostic reconnu par tous les acteurs du système de santé, le Conseil fédéral ne se contente pas de proposer un contre-projet direct à l'initiative, mais développe une stratégie globale. Une manière pour la Confédération de reprendre la main en évitant un bouleversement trop radical. C'est le sens du paquet de mesures et du contre-projet direct présenté ce vendredi par Elisabeth Baume-Schneider, conseillère fédérale chargée de la Santé.

Un paquet de mesures en trois phases

La stratégie fédérale repose sur une idée simple: agir vite là où c'est possible, et réformer en profondeur là où c'est nécessaire. A court terme, cela passe par des ajustements concrets (simplification des emballages, remplacement des notices d'emballage papier par un code QR, facilitation des importations) destinés à rendre le marché suisse moins isolé et donc plus attractif. A moyen terme, il s'agit de mieux comprendre et anticiper les pénuries, en classant les médicaments selon leur importance et leur utilité thérapeutique et en améliorant le suivi de leur disponibilité. Des travaux qui démarrent déjà cette année. Enfin, à long terme, le Conseil fédéral propose de modifier la Constitution pour se donner la possibilité d'intervenir de manière ciblée lorsque des lacunes apparaissent. Chose qui lui est impossible actuellement.

Et c'est précisément ce volet qui représente le contre-projet direct à l'initiative. Si cette dernière prévoit de confier à la Confédération un rôle très large, couvrant l'ensemble de la chaîne, de la recherche à la distribution, le Conseil fédé-

ral juge cette approche trop générale pour être réellement efficace. Sa proposition vise plutôt à intervenir lorsque les problèmes sont les plus concrets: quand le marché ne fonctionne plus, quand les compétences sont mal réparties ou quand les cantons ne peuvent pas agir seuls face à des dynamiques globales. La Confédération n'interviendrait qu'en dernier recours, de manière subsidiaire, en s'appuyant autant que possible sur les acteurs existants. «Tout en conservant la capacité, si nécessaire, d'inciter, d'acheter, de faire produire, voire de produire elle-même», a complété Elisabeth Baume-Schneider en conférence de presse.

L'Etat ne remplacerait pas le système actuel, mais il ne resterait plus spectateur lorsque celui-ci vacille

Pour elle, ce projet en trois phases permet de «donner à la Confédération les compétences nécessaires pour prendre des mesures ciblées là où les goulots d'étranglement sont les plus importants».

Au fond, le débat ne porte pas seulement sur le constat de pénuries, mais sur la manière d'y répondre. D'un côté, une initiative qui veut donner un cadre large et durable à l'action publique. De l'autre, un contre-projet direct qui cherche à cibler les failles précises du système sans en bouleverser les équilibres. ■

Petition für Hilfe in Lebenskrisen – Krankenkassen sollen zahlen

Experten warnen vor einer Aufwertung der psychosozialen Beratung

SIMON HEHLI

Wer an einer Trennung leidet, wer den Tod einer geliebten Person verkraften muss oder den Job verloren hat und dadurch in ein Loch gefallen ist, kann sich Hilfe in einer psychosozialen Beratung (PSB) suchen. Das ist ein Angebot, das niederschwelliger ist als eine Psychotherapie. So sollen Betroffene Strategien entwickeln können, um aus einer Krise herauszukommen.

Doch das hat seinen Preis: Wer eine PSB besuchen will, muss mit Kosten von mindestens 125 Franken pro Sitzung rechnen. Die Krankenkasse beteiligt sich nicht daran. Eine Petition, die bisher über 7500 Personen unterschrieben haben, soll das ändern. Der Bundesrat und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) werden aufgefordert, die Leistungen von qualifizierten psychosozialen Beratern in den Leistungskatalog der Grundversicherung aufzunehmen.

Das Hauptargument ist die Prävention: Psychosoziale Beratung helfe bei Lebenskrisen, Trauer, Konflikten oder in der Burnout-Prävention, bevor daraus eine chronische psychische Erkrankung

werde, schreibt die Verfasserin der Petition, Erika Blank. Laut ihrem LinkedIn-Profil ist sie daran, die Ausbildung als psychosoziale Beraterin abzuschliessen.

Wer frühzeitig Unterstützung erhalte, lande seltener in der stationären Psychiatrie oder in langen Krankheitsphasen, hält Blank fest. Sie weist darauf hin, dass in der Schweiz viele psychologische Psychotherapeuten und Psychiater lange Wartelisten hätten. Qualifizierte psychosoziale Berater hätten Kapazitäten und könnten das System entlasten. «Es ist absurd, Ressourcen ungenutzt zu lassen, während Menschen in Not warten müssen.»

«Nicht zielführend»

Blank glaubt, dass ein einfacherer Zugang zur PSB Leben retten könnte – gerade bei Männern, die das Stigma einer psychiatrischen Diagnose und Behandlung scheuen. «Männer nehmen sich etwa dreimal häufiger das Leben als Frauen. Sie suchen oft erst Hilfe, wenn der Druck unerträglich wird.» Auch die Kosten würden sinken, weil es weniger Hospitalisierungen und weniger Arbeitsausfälle gäbe.

Diese Argumente überzeugen Fulvia Rota jedoch nicht. Die Präsidentin der Psychiatervereinigung SGPP spricht sich dafür aus, dass eine psychische Krankheit und eine entsprechende Diagnose die Voraussetzung bleiben für eine Übernahme der Behandlungskosten durch die Grundversicherung.

Die psychiatrische Versorgung in der Schweiz sei insbesondere im Bereich der Behandlung von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen seit Jahren strukturell unterfinanziert. «Vor diesem Hintergrund ist es nicht zielführend, neue Leistungserbringer mit überwiegend präventivem Charakter in den Leistungskatalog der Grundversicherung aufzunehmen», sagt Rota.

Allfällige Systemanpassungen könnten ohnehin nicht auf der Basis einer Petition erfolgen, findet Rota. Sie würden eine «sorgfältige Bedarfsanalyse, klar definierte Qualitäts- und Ausbildungsstandards sowie eine Evaluation des Nutzens und der Kostenfolgen» voraussetzen.

Skeptisch äussert sich auch Hansjörg Künzli, ein langjähriger Kenner der Beratungsbranche und bis vor kurzem

Dozent an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Dies nicht, weil er an der Wirksamkeit der psychosozialen Beratung zweifelt, etwa für Familien: «Es gibt eine gute Evidenz, dass solche Angebote Leuten helfen, die in gewissen Bereichen ihres Lebens nicht mehr zurecht kommen, aber über eine weitgehend funktionierende Handlungsfähigkeit verfügen.»

Drohende Verwässerung

Künzli befürchtet jedoch, dass eine (teure) Ausweitung der durch die Grundversicherung finanzierten Leistungen nicht unbedingt den Zielgruppen zugutekäme, die Hilfe besonders nötig hätten. «Leute, die in einer grösseren Krise stecken, haben oft eine verengte Wahrnehmung der Realität und sind oft nicht in der Lage sich Hilfe zu holen. Zudem gibt es für Krisenlagen schon ein sehr grosses, auch niederschwelliges Angebot.»

Es passiere dann etwas Ähnliches, wie wenn ein Arbeitgeber mit der Absicht, die Gesundheit zu fördern, den Angestellten einen Sportraum zur Verfügung stelle – und diesen dann

vor allem jene nutzten, die ohnehin schon viel Sport trieben. «Prävention ist auch im Bereich der Psyche sinnvoll, aber es würde mit der Integration der PSB eine totale Verwässerung des Leistungskatalogs der Grundversicherung drohen.»

Bei schwereren psychischen Störungen oder einer Suizidalität sei eine PSB nicht der richtige Ansatz, sagt Künzli. «Das könnte gefährlich sein, weil viele psychosoziale Berater die nötigen Qualifikationen nicht haben, um Patienten mit solch komplexen Krankheiten zu behandeln – auch wenn diese erst in einem frühen Stadium sind.» Hier brauche es psychotherapeutisches oder psychiatrisches Fachpersonal.

Das gelte erst recht, weil es bis anhin kein staatliches Gütesiegel für eine Ausbildung zum psychosozialen Berater gebe. Dass es zu einer Auflösung der heute klar gezogenen Grenzen zwischen der Psychotherapie und der PSB kommt, ist für den Fachmann deshalb nicht wünschenswert. Ohnehin ist offen, welchen Einfluss die Petition auf die Politik hat. Verbindlich ist sie für den Bundesrat und das BAG nicht.

Léonore Porchet veut faire du 1^{er} Mai un jour férié national

Fête du travail L'élue Verte espère mettre tous les travailleurs sur un pied d'égalité. Une idée qui agace le camp bourgeois.

Les Suisses sont plus nombreux à travailler qu'à avoir congé le 1^{er} Mai. La Fête du travail n'est jour férié que dans huit cantons, dont le Jura et Neuchâtel. Dans les autres, tout dépend de la générosité de l'employeur. Les fonctionnaires sont généralement les mieux lotis. À Genève, ils ne travaillent pas. Dans le canton de Vaud, seuls les employés de certaines communes, comme Lausanne, ont droit au repos. En Valais et à Fribourg, le personnel de l'État a un demi-jour de congé.

Pour Léonore Porchet (Les Verts/VD), cette gabe-gie doit prendre fin. Elle a déposé une motion pour faire du 1^{er} Mai un jour férié national. «Tous les travailleurs seraient ainsi traités sur un pied d'égalité, argumente la conseillère nationale. La mobilité prend toujours plus d'importance dans notre mode de vie actuel. On peut vivre dans un canton où le 1^{er} Mai est férié, et habiter dans un autre où ce n'est pas le cas. Or le 1^{er} Mai est une fête qui concerne tout le monde.»

La Vaudoise pointe encore que la plupart des jours fériés cantonaux le sont pour des raisons religieuses. «Avec le 1^{er} Août, les deux jours fériés nationaux célébreraient ainsi autre chose. Et permettraient de réfléchir ensemble aux défis actuels du monde du travail, comme les salaires équitables, la sécurité des conditions de travail ou encore la conciliation entre vie professionnelle et vie familiale.»

«Quel que soit le jour férié choisi, il a toujours le même coût.»

Léonore Porchet

Conseillère nationale (Les Verts/VD)
et vice-présidente de Travail.Suisse

Et la vice-présidente de Travail.Suisse de rappeler que le 1^{er} Mai a commencé à être célébré à la suite des mouvements sociaux américains qui ont permis de réduire la journée de travail à huit heures. «Un moment fondateur.»

Jusqu'à présent, un seul jour férié a été ajouté au calendrier suisse: le 1^{er} Août, fête nationale. C'était il y a une trentaine d'années, après un large plébiscite populaire. Toutes les autres tentatives ont échoué. Anita Fetz (PS/BS) a demandé, en 2001, de faire du 1^{er} Mai un jour férié payé et chômé. Son texte n'a même pas passé le cap du National. En 2021, Heinz Siegenthaler (Le Centre/BE) propose de rendre férié le 12 septembre, date anniversaire de la première Constitution fédérale de 1848. Si elle a été acceptée par la Chambre du peuple, la motion a été balayée au Conseil des États en 2023.

«Une niaiserie vide de sens»

Les refus ont généralement été justifiés par des raisons économiques. Le Secrétariat d'État à l'économie (SECO) a évalué les coûts d'une journée supplémentaire de congé à 350 millions de francs, en comparant notamment les années où Noël tombe sur un dimanche à celles où la fête est en semaine.

Léonore Porchet ne se laisse pas abattre pour autant. «La majorité bourgeoise du National a bien accepté un nouveau jour férié, le 12 septembre, pour des raisons nationalistes. Quel que soit le jour férié choisi, il a toujours le même coût», relève l'élue écologiste.

Le texte aura toutefois du mal à passer la rampe. Seuls des élus de gauche et un Centriste l'ont signé. Le reste du camp bourgeois semble vent debout contre la proposition. «Je ne vois aucune raison d'imposer un congé à forte connotation politique à tout le monde, critique Céline Weber (PVL/VD). La Fête du travail est importante pour les syndicats. Mais tout le monde n'a pas forcément envie d'aller manifester.» Serait-elle plus ouverte à un autre jour férié? «Non, tranche la Vaudoise. Si certains cantons estiment qu'il en faut plus, ils peuvent toujours en introduire à leur échelon.»

Philippe Nantermod (PLR/VS) est encore plus virulent. «Cette proposition est une niaiserie vide de sens. Elle n'apporte rien. Le 1^{er} Mai sert seulement aux syndicats pour exister et faire des manifestations. Pas question, à ses yeux, de mettre à mal le fédéralisme à cette fin. «Les cantons fixent leurs propres jours fériés. S'il fallait nationaliser tous les jours fériés cantonaux, on ne s'en sortirait pas.»

Delphine Gasche

Strafregisterauszug für den Aufenthalt

SVP-Motion Wer sich in der Schweiz niederlässt oder als Grenzgänger tätig wird, soll neu einen Auszug aus dem Strafregister vorlegen.

Im Tessin gilt schon seit über zehn Jahren, was die SVP nun in der ganzen Schweiz durchsetzen will: Der Kanton verlangt Strafregisterauszüge von allen EU-Bürgerinnen und -bürgern, die eine Aufenthalts- oder Grenzgängerbewilligung beantragen. Dass dies gegen das Freizügigkeitsabkommen mit der EU verstösst, scheint die Tessiner Regierung nicht zu kümmern. Auf die Aufforderung des Staatssekretariats für Migration, die Massnahmen aufzuheben, ging der Kanton nicht ein.

«Ich denke, wir müssen die Verträge mit der EU auch ein bisschen interpretieren», sagt SVP-Nationalrat Piero Marchesi. Schliesslich gehe es um die Sicherheit. Die Tessiner versuchen deshalb schon lange, ihre Rechtspraxis zu formalisieren: Eine entsprechende Standesinitiative von 2015 ist bis heute hängig, das Parlament hat deren Behandlung immer wieder aufgeschoben. Jetzt setzt Marchesi zusätzlichen Druck auf und hat eine entsprechende Motion eingereicht. Ähnliche Vorstösse gingen gestern auch von seinem Parteikollegen Marco Chiesa und der SVP-Fraktion als Ganzes ein. Besonders bemerkenswert an Marchesis Motion ist, dass auch zwei Nationalräte der SP unterschrieben haben: Bruno Storni und Brigitte Crottaz.

«Wir brauchen eine klare Regelung»

Storni ist ebenfalls Tessiner und sagt: «In den letzten Jahren gibt es in unserem Kanton immer mehr Krawattenkriminalität.» Es kämen Leute aus Italien und würden im Tessin Firmen aufbauen, um illegale Aktivitäten wie Geldwäscherei zu vertuschen. «Dagegen muss man etwas tun.»

Die Waadtländer SP-Nationalrätin Brigitte Crottaz hingegen distanziert sich vom Vorstoss, den sie unterzeichnet hat: «Dass ich die Motion unterschrieben habe, war ein Fehler.» Sie übernehme die Verantwortung dafür und entschuldige sich. Bei jedem Aufenthaltsgesuch einen Strafregisterauszug anzufordern, hält Crottaz für «übertrieben».

Marchesi argumentiert in seiner Motion mit dem Fall von vier Kokainhändlern mit Beziehungen zur italienischen Mafia, die 2025 im Misox verhaftet worden sind. Sie waren in ihrer Heimat vorbestraft. Der Kanton Tessin hatte ihnen eine B-Bewilligung verwehrt – nicht aber der Kanton Graubünden. «Das ist eine Bestätigung: Wir brauchen eine klare Regelung», sagt Marchesi.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hatte sich erhofft, über die EU-weite elektronische Datenbank «European Criminal Record Records Information System» (Ecris) auf die Strafregister von Antragstellern zugreifen zu können. Seit 2023 ist klar, dass sich der Bundesrat um einen Ecris-Beitritt bemühen wird. Die Anwendung im Migrationsbereich sei aber ausgeschlossen, weil dies gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen verstosse. Der Austausch sei nur im Bereich Strafrecht erlaubt.

Anna Luna Frauchiger



Des manifestantes sur le pont du Mont-Blanc à l'occasion de la grève féministe. (GENÈVE, 14 JUIN 2024/SALVATORE DI NOLFI/KEYSTONE)

Qui prendra le pont du Mont-Blanc?

GENÈVE A trois mois du G7, les contours du droit de manifester font l'objet d'un âpre bras de fer au bout du Léman. Au grand dam de la gauche, la droite et le centre voudraient empêcher les militants de paralyser le centre-ville le samedi

LORÈNE MESOT

Sur le pont du Mont-Blanc, on y danse. Surtout le 14 juin. Cet axe de circulation stratégique, balcon sur la Rade et le Jet d'eau, est un haut lieu de la manifestation à Genève, les archives du *Journal de Genève* en sont témoins. En 1937 déjà, les poids lourds y défilaient pour protester contre le prix de la benzine. En 1981, on y fêta la résistance chilienne. En 1995, les taxis faisaient grève sur le bitume et en 2019, de jeunes écologistes s'y collaient les mains avant que ne déferle la marée violette. En 2020, la foule mettait un genou à terre pour George Floyd et en septembre dernier, des milliers de personnes faisaient silence pour Gaza, le Rhône sous les baskets.

Jamais le pont du Mont-Blanc et ses 252 mètres de béton armé n'ont été si convoités que ces dernières années. En dix ans, le nombre de manifestations politiques a progressé de plus d'un tiers à Genève. Elles étaient 458 l'an dernier contre 315 en 2015, avec un pic de 491 en 2023 – protestations statiques comprises. Cette progression s'accompagne d'une volonté marquée des organisateurs de passer d'une rive à l'autre. Traverser le pont est un moment de communion, un «moment galvanisant», explique Maeva Terbois, une étudiante en droit genevoise qui s'engage depuis 2023 pour Gaza. «Sur le pont, on prend conscience du nombre de participants, ce qui est plus difficile dans les rues étroites. On sent un élan, le collectif.»

La droite sort le tournevis

Gage de visibilité pour les organisateurs, l'occupation du pont rime aussi, forcément, avec entaille dans la mobilité. Et dans le chiffre d'affaires de certains commerçants, alarme le secteur depuis plusieurs années. A force de plaintes de ses membres – déjà aux prises avec «les travaux, le commerce en ligne et transfrontalier», liste la secrétaire patronale de Genève Commerces, Flore

Teysseire –, l'association a lancé un coup de sonde en mai 2024 et constaté que, sur les 26 enseignes qui ont répondu, 12 souffraient d'une baisse supérieure à 20% de leur chiffre d'affaires les jours de manifestation. «Le problème, c'est leur récurrence. On ne peut pas laisser une centaine de personnes prendre en otage le centre-ville», tranche Flore Teysseire.

«La liberté de manifester n'est pas absolue. Elle ne doit pas effacer la liberté du commerce ni la liberté de circulation»

FRANÇOIS BAERTSCHI, DÉPUTÉ MCG

Ces inquiétudes ont été relayées par le PLR au Grand Conseil. Après près de deux ans de travaux, la majorité de droite du parlement genevois s'est prononcée vendredi en faveur d'un projet ardemment combattu par la gauche, Amnesty International Suisse et la section genevoise de la Ligue suisse des droits humains (LSDH). Elle demande que les manifestations à caractère politique ne soient autorisées le samedi qu'«exceptionnellement» sur les voies de tramway et dans l'ensemble du périmètre du «U lacustre» – soit notamment dans les rues Basses et sur le pont du Mont-Blanc. Objectif: «éviter la paralysie systématique».

La proposition initiale réclamait une interdiction pure et simple sur ce même périmètre. Elle a finalement été amendée par la Commission de l'économie. «La majorité part du principe que plusieurs droits sont en concurrence», a détaillé son rapporteur, le MCG François Baertschi: «La

liberté de manifester n'est pas absolue. Elle ne doit pas effacer la liberté du commerce ni la liberté de circulation.»

Pour l'opposition, en interdisant les rassemblements dans les lieux fréquentés, le droit de manifester est tout simplement vidé de sa substance. «Au lieu d'examiner chaque situation et de faire une pesée des intérêts, comme c'est actuellement le cas, le texte impose une interdiction générale, abstraite, automatique et arbitraire», a alerté Leonard Ferati pour le PS. «Il y a une inquiétante inversion de paradigme», abonde dans le même sens Marc Morel, coprésident de la section genevoise de la LSDH, elle-même membre de la Coordination genevoise pour le droit de manifester.

La proposition n'a finalement pas été votée. La conseillère d'Etat socialiste Carole-Anne Kast a refusé le troisième débat, jugeant le texte contraire au droit supérieur – «la jurisprudence interdit les interdictions générales».

Un sujet qui monte... jusqu'à Berne

Le sujet est bouillant d'actualité, à la veille du G7 à Evian (du 15 au 17 juin) et au lendemain de la manifestation du 2 octobre dernier qui a vu s'abattre matraques et fumigènes sur le pont du Mont-Blanc – une procédure pénale est en cours pour déterminer si la police a usé de la contrainte de manière abusive, comme le montre une récente enquête de la RTS. Vendredi, à Berne, la police cantonale a aussi publié sur son site les photos pixélisées de plusieurs dizaines d'auteurs présumés de dégradations et de violences constatées lors de la manifestation du 11 octobre 2025, les appelant à se dénoncer.

A Sion, l'organisateur d'une manifestation pro-palestinienne non autorisée risque, de son côté, une facture de plusieurs dizaines de milliers de francs, tandis qu'à Lausanne, où les contours du droit de manifester sont également débattus de longue date, l'annonce d'un carnaval antifas-

ciste fin mars donne lieu à un bras de fer politico-médiatique.

Le sujet a également atteint la Coupole. Mercredi, le Conseil des Etats a adopté une motion visant un allongement de la durée maximale des gardes à vue de manifestants potentiellement fautifs et une seconde imposant aux organisateurs d'assumer les coûts liés à la sécurité lors des manifestations non autorisées. Le Conseil fédéral, opposé aux deux textes, doit désormais trouver comment adapter la législation en conséquence. Sans contrevenir au droit supérieur.

En Suisse, le droit de manifester est considéré comme un usage accru du domaine public et relève de la compétence cantonale (et parfois même communale). Le cadre général est néanmoins donné par la Constitution fédérale et le droit international, la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH) notamment. Ces textes sont garants des

deux socles qui composent le droit de manifester, soit les libertés d'expression et de réunion. C'est pour cette raison qu'une manifestation qui n'a pas reçu d'autorisation du canton n'est pas considérée comme illégale, répètent ses défenseurs, même si ses organisateurs s'exposent à des amendes.

Une bataille politique héritée des années 2000

A Genève, la loi sur les manifestations sur le domaine public – la LMDPu – a été adoptée en 2008, en réponse notamment aux débordements des manifestations contre le G8 en 2003 et contre l'OMC en 2009. Elle pose le principe d'autorisation: une demande formelle doit être déposée à l'avance par un ou des organisateurs auprès du canton. Ces derniers négocient ensemble les conditions de l'événement. Les organisateurs sont les interlocuteurs de la police le jour J et

portent, en partie, la responsabilité du respect des consignes.

Cette dernière disposition, et plusieurs autres, a été ajoutée à la loi en 2012 sous l'impulsion du PLR et après votations populaires, au grand dam de l'opposition. A l'époque, le Tribunal fédéral était intervenu après un recours des syndicats et de la gauche pour supprimer une des dispositions votées qui prévoyait la possibilité de refuser, en cas de débordements, toute nouvelle autorisation aux organisateurs dans un délai d'un à cinq ans.

Aujourd'hui, les manifestations ne sont quasiment jamais acceptées dans l'état de leur demande, insistait la conseillère d'Etat Carole-Anne Kast lors d'une audition devant la Commission de l'économie en août 2024. Le trajet, l'emplacement et l'horaire sont presque systématiquement négociés et une pesée d'intérêts toujours réalisée. Sont pris en compte l'impact sur la circulation, la sécurité globale des manifestants et du public bien sûr, mais aussi les intérêts des tiers, dont ceux des commerçants. «Si l'on ne veut pas autoriser, on doit agir en proportionnalité», insistait Carole-Anne Kast lors de son audition devant la Commission de l'économie en août 2024. Quant aux refus d'autorisations, ils restent l'exception et peuvent se compter chaque année sur les doigts d'une main.

Pas de quoi satisfaire non plus la gauche, les syndicats et les associations, qui dénoncent depuis longtemps une criminalisation des manifestants.

En 2023, la gauche a tenté, en vain, de faire passer le régime d'autorisation à un principe d'annonce. En plaçant la responsabilité du bon déroulement d'une manifestation sur ses organisateurs, la loi actuelle dissuaderait les militants de se coordonner avec les autorités, juge-t-elle. «On ne touche pas à la moindre virgule de la LMDPu!» répondait à l'époque le député libéral-radical Murat Julian Alder. Son parti en a décidé autrement. ■

LAUSANNE

L'application du droit est testée

Dans un contexte comparable, la capitale vaudoise connaît des tensions fréquentes autour de la pratique de la manifestation. Dernier bras de fer en date, l'organisation du Carnaval populaire et déter, un cortège antifasciste qui tient sa deuxième édition le 28 mars. Face à ce qu'il décrit comme des intimidations l'an dernier, et pour dénoncer «la perte de terrain du droit de manifester en Suisse», le collectif organisateur a choisi d'annoncer l'événement à la ville plutôt que de solliciter une autorisation. Une démarche conforme au droit, rappelle-t-il. La ville vient en retour de lui délivrer un tel document, prenant acte de la démarche et estimant les conditions «réunies pour permettre l'exercice du droit de manifester», sans se prononcer sur le fond.

Plusieurs points de friction subsistent, comme un tracé modifié sans discussion, la demande réitérée par les autorités d'une personne de contact pour pouvoir communiquer en cas d'imprévu, ou encore la responsabilité imputée aux organisateurs en termes de sécurité, d'hygiène et d'éventuels dégâts. «Il est impossible pour nous de contrôler mais aussi de protéger des milliers de manifestants», estiment les membres du collectif, pour qui le souvenir d'un automobiliste traversant un cortège l'automne dernier reste vif. «La ville se décharge de sa part de responsabilité.» Celle-ci répond que la liberté de manifester est «un droit fondamental», ici «pleinement garanti». Mais ajoute qu'il «s'accompagne de responsabilités» et implique «une coordination avec les autorités». ■ PAULINE RUMPF

Schweiz plant Maut auf Transitstrecken – nur für Ausländer

Die Gebühr sei EU-konform umsetzbar, sagt der Bundesrat

ZENO GEISSELER

Wer mit einem Auto mit ausländischem Kennzeichen auf Schweizer Strassen unterwegs ist, muss sich möglicherweise auf höhere Kosten gefasst machen. Das Schweizer Parlament hat nämlich entschieden, dass für reine Transitfahrten künftig eine Durchfahrtsgebühr erhoben werden soll. Diese soll dann fällig werden, wenn ein Fahrzeug ohne wesentlichen Aufenthalt in der Schweiz von Grenze zu Grenze fährt. Die Motion des Tessiner SVP-Ständerats Marco Chiesa hat das Ziel, die Spitzenbelastung auf den Autobahnen zu reduzieren.

Die Massnahme zielt namentlich auf den Nord-Süd-Verkehr ab, also etwa auf Deutsche, welche via Gotthardtunnel nach Italien in die Ferien fahren. Am Gotthard kommt es in Richtung Süden an über 100 Tagen im Jahr zu Verkehrsüberlastungen. Rund ein Drittel der Fahrzeuge trägt laut einem Be-

richt des Bundesrats ein ausländisches Kennzeichen, an Spitzentagen sind es bis zu 80 Prozent. Im Ständerat war die Maut einstimmig angenommen worden, im Nationalrat waren einzig die GLP-Fraktion sowie zwei Freisinnige dagegen. Die Grünliberalen sähen es lieber, wenn ein allgemeines Road-Pricing eingeführt würde.

Tarife sollen variieren

Wie hoch die neue Gebühr sein soll, steht noch nicht fest – die Schweizer Regierung muss dazu nun eine Vorlage ausarbeiten. Einen fixen Tarif soll es aber nicht geben. Die Gebühr soll sich nach der Verkehrsdichte und nach Tageszeit und Wochentag richten.

Der Mitte-Nationalrat Simon Stadler (Uri) brachte in der Ratsdebatte einen Durchschnittspreis von 21 Franken ins Spiel – so könne der Staat pro Jahr rund 110 Millionen Franken einnehmen. Die

Einnahmen sollen in einen Fonds für Nationalstrassen und Agglomerationsverkehr fliessen. Es gehe auch darum, einen Ausgleich zu den Nachbarländern zu schaffen, sagte Stadler. «Es darf nicht sein, dass man einen Umweg über die Schweiz zum Liegestuhl in den Süden macht, nur weil dieser Weg fast gratis ist, aber nicht kürzer.»

Zum Vergleich: In Österreich sind diverse Nord-Süd-Achsen mautpflichtig. So kostet eine Fahrt auf der Brenner-Autobahn laut ADAC-Rechner 12 Euro 50. Für den Arlbergtunnel sind es 13 Euro. Der Mont-Blanc-Tunnel zwischen Frankreich und Italien ist noch teurer. Dort kostet eine Durchfahrt 55 Euro 80 pro Strecke und fast 70 Euro für eine Hin- und Rückfahrt – dazu kommen Gebühren für fast alle Autobahnen in Frankreich und Italien. In der Schweiz muss für Autobahnfahrten lediglich eine Vignette erworben werden. Diese kostet 40 Franken und ist ein Jahr lang gültig.

Nach Ansicht des Bundesamts für Strassen könnte eine Gebühr auf den Achsen Gotthard und San Bernardino die Verkehrsbelastung reduzieren oder wenigstens die Spitzen brechen. Der Bundesrat lehnt eine solche Abgabe aber aus innenpolitischen Überlegungen heraus ab, wie er bereits 2024 festgehalten hat. Demnach würde eine Benutzungsgebühr auf diesen beiden Achsen dazu führen, dass der Kanton Tessin als einziger Landesteil keine frei verfügbare wintersichere Strassenverbindung mit der übrigen Schweiz mehr hätte. Ausserdem würde eine solche Massnahme auch den lokalen Alltagsverkehr und den Tourismus treffen.

Verfassungsänderung nötig

Der Bundesrat lehnt auch eine Transitabgabe nur für ausländische Fahrzeuge ab, wie sie jetzt vom Parlament verlangt wird. Er spricht von erheb-

lichen administrativen Hürden und hohen Kosten. So müssten sämtliche Grenzübergänge überwacht werden, was zwar technisch machbar, aber aufwendig und teuer sei. Offen sei auch, was mit einem «wesentlichen Aufenthalt» gemeint sei. Dies könne kaum für alle denkbaren Durchgangsverbindungen abschliessend beantwortet werden. Immerhin in einem Punkt gibt es keine Probleme: Zu einem rechtlichen Konflikt mit der EU würde die Transitabgabe nicht führen, sagt die Schweizer Regierung.

Ob und wann die Schweiz tatsächlich eine solche Maut einführen wird, ist noch unklar. Es dürfte aber eine Änderung der Verfassung notwendig werden – und somit eine Volksabstimmung. Bis ein solches Geschäft an die Urne kommt, dauert es jeweils mehrere Jahre. Für die kommenden Fahrten zum Liegestuhl im Süden wird sich also mit Sicherheit noch nichts ändern.

Le dilemme urbain, densifier pour respirer

AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE A Genève, les oppositions locales aux projets immobiliers se multiplient. Pourtant, dans un canton à l'étroit et en pleine crise du logement, la densification apparaît de plus en plus comme une nécessité incontournable

JULIE MÜLLER-PELEGRINI (IMMOBILIER.CH)

Face à la construction de quartiers, la contestation s'organise. Une pétition vient d'être lancée contre les projets de tours de logements dans le périmètre Praille-Acacias-Vernets (PAV), un ensemble pourtant symbole du renouvellement urbain genevois. Dans le même temps, le projet des Cherpines (2700 logements) à Confignon a été freiné dans les urnes début mars, illustrant une défiance persistante face aux transformations du territoire. Entre inquiétudes liées à la qualité de vie et crainte d'un urbanisme jugé trop dense, une partie de la population semble dire non à tout développement. Mais ce refus peut-il encore tenir face à la réalité du marché du logement ?

Une nécessité largement reconnue

Car derrière ces résistances locales, une autre réalité se dessine. Selon une étude publiée début 2026 par le Gottlieb Duttweiler Institute (GDI), une majorité de la population suisse considère la densification comme non seulement acceptable, mais nécessaire. Près des trois quarts des personnes interrogées (sur plus de 2000) soutiennent l'idée de construire davantage dans les villes et les agglomérations, plutôt que d'étendre l'urbanisation vers les zones rurales. A

Genève, cette nécessité est encore plus marquée. Le canton affiche le taux de vacance le plus bas du pays, avec à peine 0,34% en 2025, soit environ trois logements disponibles sur 1000. Une situation critique qui freine la mobilité résidentielle, pèse sur l'économie et accentue les tensions sociales.

Densifier, mais avec exigence

Dans ce contexte, l'usage rationnel du sol n'est plus un choix parmi d'autres, mais bel et bien une obligation. «Il s'agit d'un véritable devoir de responsabilité envers les générations futures», souligne Christophe Aumeunier, secrétaire général de la Chambre genevoise immobilière. «Densifier est la seule manière d'économiser le sol, de réduire les émissions et de créer des quartiers durables où il fait bon vivre.» Autrement dit, refuser de densifier aujourd'hui reviendrait à reporter le problème (et ses conséquences) sur demain.

Encore faut-il le faire correctement. Là aussi, l'étude du GDI apporte un éclairage précieux: l'acceptation de la densification dépend fortement de la qualité des projets. Transports publics performants, espaces verts valorisés, constructions durables... autant de critères qui renforcent l'adhésion des habitants. Autrement dit, la densité en elle-même n'est pas le problème. C'est la manière dont elle est mise en œuvre qui fait débat. «La qualité



Vue de la zone industrielle Ziplo depuis le vieux village de Confignon, dans le canton de Genève. (9 FÉVRIER 2026/DAVID WAGNIÈRES POUR LE TEMPS)

d'habitabilité dépend des formes urbaines, pas de leur densité», insiste Christophe Aumeunier, rappelant que les outils et les connaissances existent aujourd'hui pour concevoir des quartiers à la fois compacts et agréables à vivre.

Le rôle primordial de la politique

Genève en offre d'ailleurs plusieurs exemples. Les Pâquis, la Vieille-Ville ou encore Saint-Jean figurent parmi les quartiers les plus denses du canton... et aussi parmi les plus vivants. Leur succès repose justement sur un équilibre entre logements, activités, commerces et espaces publics. A l'inverse, certaines zones moins denses, héritées d'un urbanisme des années 1950, peinent à susciter le même attachement. La densification peut donc être synonyme de qualité de vie, à condi-

tion de penser la ville comme un ensemble cohérent, et non comme une simple addition de mètres carrés.

Reste encore la question de la mise en œuvre. A Genève, la responsabilité de l'aménagement du territoire incombe en grande partie aux autorités cantonales. Or celles-ci peinent pour l'heure à assumer pleinement cet enjeu. «Dans les premiers travaux du Plan directeur cantonal 2050, il n'est même pas fait mention de la pénurie de logements», déplore Diane Barbier-Mueller, députée PLR et présidente de la Chambre genevoise immobilière. Un constat qui interroge sur la capacité des institutions à répondre à l'urgence.

Mais le canton n'est pas seul en cause. Selon Diane Barbier-Mueller, les communes disposent elles aussi de leviers

importants, notamment à travers l'élaboration des plans localisés de quartier et la définition des exigences qualitatives des projets. Leur rôle est ainsi essentiel pour faire évoluer les pratiques et accompagner l'acceptation de la densification. Car l'alternative est claire. Si Genève refuse de construire davantage en ville, il faudra bien trouver de l'espace ailleurs. Et cet espace se situe, pour l'essentiel, en zone agricole. Une perspective qui pose à son tour des questions environnementales et politiques majeures.

Dans un territoire aussi contraint que Genève, le statu quo n'est donc plus tenable. La densification, malgré les résistances qu'elle suscite, apparaît de plus en plus comme un mal nécessaire et peut-être, à terme, comme une opportunité de repenser la ville. En mieux. ■